

Tätigkeitsbericht

Staatskanzlei

—

2020



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

Inhaltsverzeichnis

1	Coronavirus - Rückblick 2020	6
1.1	Beitrag zur Bewältigung der Covid-19-Krise	6
1.2	Digitalisierung von Abläufen und Leistungen	6
1.3	Zeitraum geprägt von Notfällen aller Art	7
2	Sekretariat des Staatsrats	7
2.1	Stabs- und Unterstützungsfunktionen	7
2.1.1	Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats	7
2.1.2	Konferenz der Generalsekretäre (KGS)	7
2.1.3	Beziehungen zum Grossen Rat	7
2.1.4	Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und der Staatskanzler der lateinischen Kantone	8
2.2	Büro für Information (Bfi)	8
2.2.1	Weiterbildung im Bereich der Information	8
2.2.2	Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen	8
2.2.3	Pressespiegel	8
2.2.4	Elektronische Kommunikation	9
2.2.5	Corporate Design	9
2.2.6	Kantonales Führungsorgan (KFO)	10
2.3	Aussenbeziehungen	10
2.3.1	Interkantonale Koordination und Zusammenarbeit	10
2.3.2	Europäische Integration und internationale Beziehungen	10
2.4	Imageförderung des Kantons Freiburg	11
2.5	Sektor Übersetzung	11
2.5.1	Übersetzung	12
2.5.2	Terminologie	12
2.5.3	Maschinelle Übersetzung	12
2.5.4	Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates	12
2.6	Sektor Amtliche Veröffentlichungen	12
2.6.1	Veröffentlichungen	13
2.6.2	Politische Rechte - Volksabstimmungen und Gemeindewahlen	13
2.6.3	Einbürgerungsdokumente	13
2.6.4	Staatskalender des Kantons Freiburg	14
2.6.5	LexWork Advanced	14

2.6.6	Amtsblatt – Projekt 2022	14
2.7	Sektor politische Rechte	14
2.7.1	Vorgehen	14
2.7.2	Vorgezogene Gemeindewahlen (8. und 29. November 2020)	15
2.7.3	Eidgenössische und kantonale Abstimmungen	15
2.7.4	Urnengänge auf Gemeindeebene	15
2.7.5	Ausübung der Volksrechte	15
2.8	Informatikprojekte (SIP)	16
2.9	E-Government-Sekretariat	16
2.9.1	Virtueller E-Government-Schalter	16
2.9.2	Basisdienste	17
2.9.3	Leistungen	17
2.9.4	Innovationen	18
2.9.5	Vernehmlassungen	18
2.9.6	E-Government-Kommission (EGovK)	18
2.9.7	Kantonale und interkantonale Zusammenarbeit	19
2.9.8	Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der Digitalisierung (Projekt DIGI-FR)	19
2.10	Kantonales Bezugssystem	19
3	Amt für Gesetzgebung (GeGA)	21
3.1	Tätigkeit	21
3.1.1	Gesetzgeberische Arbeiten	21
3.1.2	Verbreitung der Gesetzgebung	22
3.1.3	Juristische Beratung und wissenschaftliche Aktivitäten	22
3.2	Besondere Ereignisse	23
4	Amt für Drucksachen und Material (DMA)	23
4.1	Tätigkeit	23
4.2	Sektor Einkauf	23
4.3	Intern ausgeführte Druckarbeit und weiter vergebene Aufträge	25
4.4	Binde- und Digitalisierungsarbeiten	25
4.5	Beschaffung von Büromaterial und Logistik	26
4.6	Schlüsselzahlen 2020	26
5	Staatsarchiv Freiburg (StAF)	27
5.1	Organisation und gesetzliche Grundlagen	27
5.2	Gebäude	27
5.3	Tätigkeit und Dienstleistungen	27
5.3.1	Informatik und neue Technologien	27

5.3.2	Beziehungen zu archivbildenden Stellen	28
5.3.3	Zuwachs der Archivbestände und bei der Bibliothek	28
5.3.4	Klassifizierungs- und Inventarisierungsarbeiten	28
5.3.5	Konservierungsmassnahmen und Restaurierung	28
5.3.6	Dienstleistungen	28
5.3.7	Kulturelle Aktivitäten und wissenschaftliche Forschung	29
6	Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	29
6.1	Tätigkeit	29
7	Kantonale Ombudsstelle (Omb)	30
7.1	Tätigkeit	30
8	Personalbestand	30

Staatskanzlerin: Danielle Gagnaux-Morel
Vizekanzlerin: Sophie Perrier
Vizekanzler: Marc Valloton

1 Coronavirus - Rückblick 2020

Wie alle staatlichen Einrichtungen musste auch die Staatskanzlei (SK) ihre Organisation überprüfen, um die Kontinuität ihrer Leistungen trotz der besonderen Bedingungen im Zusammenhang mit der Pandemie zu gewährleisten.

Im Zentrum von Querschnittsprojekten, in die zahlreiche Direktionen und Ämter involviert waren, stand die Staatskanzlei, sie stand im Mittelpunkt der Aktivitäten, die der Staat zur Bewältigung der ausserordentlichen und dann besonderen Lage initiierte. Die Aktivitäten zeigen sich konkret auf drei Ebenen: Beitrag zur Bewältigung der Covid-19-Krise und der Digitalisierung von Leistungen und Abläufen sowie in einigen Sektoren eine starke Zunahme von Druck und Notfällen.

1.1 Beitrag zur Bewältigung der Covid-19-Krise

In diesem Bereich sind die folgenden Aktivitäten zu erwähnen:

- > Einrichtung und Durchführung der Konferenz der Generalsekretäre Covid-19, deren Aufgabe es war, das Krisenmanagement innerhalb des Staates zu koordinieren (im Folgenden KGS-Covid-19);
- > aktive Teilnahme am KFO Covid-19 im Bereich der Kommunikation;
- > aktive Teilnahme an der Covid-19-Task-Force, indem sie mehrere ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Unterstützung in verschiedenen Bereichen des Krisenmanagements entsendet; um diese Zuteilung zu ermöglichen, reduzierten bestimmte Sektoren ihre üblichen Aktivitäten während des Jahres;
- > Organisation von zahlreichen Medienkonferenzen;
- > Organisation und Management eines Übersetzungs-Pikettdienstes an 7 Tagen in der Woche innerhalb des Staates, der durch die Übersetzerinnen und Übersetzer aller Direktionen sichergestellt wird.
- > Am Ende der ersten Welle wurde die Verwaltung der Schutzausrüstung an eine Gruppe delegiert, die sich aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter des HFR, der DMA, des KLV, der GSD und der FIND zusammensetzte. Der ursprünglich in den Polizei-Räumlichkeiten gelagerte Bestand wurde nach Romont (staatliche Gebäude, ehemaliges Tetra Pak-Gelände) verlegt. Die Verwaltung, die Schulen und die Gemeinden verwendeten 1 168 000 Masken und 13 000 Liter Desinfektionsmittel.

1.2 Digitalisierung von Abläufen und Leistungen

Die SK hat die Empfehlungen des Staatsrates zur Telearbeit und alle anderen Massnahmen, die darauf abzielen, die Kontakte so weit wie möglich zu reduzieren, so weit wie möglich umgesetzt. Dies hat dazu geführt, dass sich bestimmte Gewohnheiten und Praktiken ganz grundlegend geändert haben. Die wichtigsten lauten wie folgt:

- > Reorganisation der Art und Weise, wie die Sitzungen des Staatsrats abgehalten werden: von Mitte März bis Ende April 2020 im Videokonferenzmodus, dann wieder vor Ort, jedoch an der Zeughausstrasse 41, da der Staatsrat dort über einen Raum verfügt, in welchem es möglich ist, die Distanzregeln einzuhalten, ab Anfang November 2020 werden die Sitzungen wieder im Videokonferenzmodus durchgeführt;
- > Einführung der qualifizierten elektronischen Signatur für Briefe des Staatsrates, als Pilotprojekt im Staat Freiburg;
- > Absage oder Vertagung von etwa fünfzig Begegnungen und Veranstaltungen, die auf der Agenda des Staatsrats stehen;
- > Aufhebung der Besuche bei Hundertjährigen, die jedoch weiterhin das traditionelle Geschenk der Regierung erhalten.

1.3 Zeitraum geprägt von Notfällen aller Art

Generell hat die durch Covid-19 verursachte Gesundheits- und Wirtschaftskrise zusätzlich zu den üblichen Aufgaben zu einer Zunahme der Arbeit und zu turbulenten Zeiten geführt, in denen alle üblichen Arbeitsfristen stark in Frage gestellt wurden.

- > Der Staatsrat befasste sich in 41 Sondersitzungen mit der Bewältigung der Covid-Krise-19.
- > Sektor Übersetzung: Medienmitteilungen, Mitteilungen an die Gemeinden usw. Die Übersetzerinnen und Übersetzer der kantonalen Verwaltung leisteten in der Zeit, in der das kantonale Führungsorgan (KFO) in Betrieb war, an Abenden und Wochenenden sowie an Feiertagen Pikettdienst, so dass für dringende Arbeiten immer eine Übersetzerin oder ein Übersetzer verfügbar war.
- > Sektor Amtliche Veröffentlichungen: Er wurde stark beansprucht, um die vom Staatsrat beschlossenen Massnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen der Pandemie unverzüglich zu veröffentlichen. Um die Notlage zu bewältigen, musste dieser Sektor aussergewöhnliche Verfahren einführen, so etwa für die Veröffentlichung zusätzlicher wöchentlicher Ausgaben in der ASF (bis zu drei Ausgaben pro Woche), und die gewohnten Verfahren aufgeben. Die Zahl der in diesem turbulenten Jahr veröffentlichten Erlasse übersteigt den seit der Schaffung der ASF im Jahr 2002 gemessenen Jahresdurchschnitt um etwa 25 %.
- > Keine Telearbeit für die Handwerkerinnen und Handwerker des Amtes für Drucksachen und Material (DMA) während des Lockdowns: Obwohl die Arbeitszeiten reduziert wurden, ging die Tätigkeit in den Werkstätten weiter. Der Logistiker hat für verschiedene Warentransporte auch das Team des Zivilschutzes verstärkt.

Trotz der widrigen Umstände haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei immer die notwendigen Schritte unternommen, um sich anzupassen und, wenn nötig, vorübergehend Aufgaben zu übernehmen, die ursprünglich anderen Stellen zugewiesen waren, um zum reibungslosen Funktionieren des Staates beizutragen.

2 Sekretariat des Staatsrats

2.1 Stabs- und Unterstützungsfunktionen

2.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Staatskanzlei organisiert die Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrates. Die Einzelheiten dieser Tätigkeit finden Sie in Kapitel 5 des Berichts des Staatsrates.

2.1.2 Konferenz der Generalsekretäre (KGS)

Die Konferenz der Generalsekretäre hat unter dem Vorsitz der Staatskanzlerin drei Sitzungen abgehalten, in denen neben dem wertvollen Austausch von Best Practices zwischen den Direktionen mehrere Projekte besprochen und vorangekündigt wurden, wie z. B. der Aktionsplan für die Personalpolitik, das IT-Budget und FR-Innov, das Projekt zur Optimierung der Funktionsweise des Staates. Die KGS reduzierte ihre gewöhnlichen Aktivitäten stark und traf sich von März bis Dezember 2020 in erweiterter Zusammensetzung 34 Mal, um das Management der Covid-19-Krise innerhalb des Staates zu koordinieren.

2.1.3 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Staatskanzlerin nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der parlamentarischen Sessionen vorbereitet wurden.

2.1.4 Staatsschreiberkonferenz und Konferenz der Staatskanzlerinnen und der Staatskanzler der lateinischen Kantone

Die verschiedenen Treffen der Staatskanzler wurden durch die Covid-19-Pandemie auf den Kopf gestellt. Die Staatskanzlerin nahm in ihrer Funktion als Mitglied und als Generalsekretärin an den vier Vorstandssitzungen der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (SSK) teil, die in Bern, Freiburg und per Videokonferenz stattfanden. Aufgrund der gesundheitlichen Situation musste die Frühjahrskonferenz abgesagt werden und die Entscheidungen wurden auf dem Zirkularweg getroffen. Im Gegenzug konnte die Herbstkonferenz, deren Hauptthema Covid-19 und die Rolle der Staatskanzleien in der Krise war, in Thun stattfinden, allerdings nur an einem Tag, statt wie üblich an zwei Tagen.

Gemeinsam mit ihren Staatsschreiberinnen- und Staatsschreiberkollegen, die im Bereich des E-Votings (Vote électronique; VE) aktiv oder interessiert sind, nahm die Staatskanzlerin an den Sitzungen des Steuerungsausschusses VE im Februar, März, Juni, September und November 2020 sowie an den vorbereitenden Sitzungen teil. Das Jahr stand ganz im Zeichen des Projekts zur Neuausrichtung des VE, der Bericht dazu wurde im Dezember 2020 vom Bundesrat veröffentlicht. Seit der zweiten Jahreshälfte liegt die Koordination der Kommunikation zur VE in der Verantwortung des Verantwortlichen für die Aussenbeziehungen der Staatskanzlei. Dieser leistet nun in Zusammenarbeit mit der Post, den Kantonen und der Bundeskanzlei Informationsarbeit zur VE.

Die Staatskanzlerin vertritt die SSK im Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK). In diesem Jahr hat sich der Vorstand vorrangig mit der digitalen Transformation und der digitalen Zusammenarbeit beschäftigt.

Im Frühjahr nahm sie auch an der einzigen Sitzung der Staatskanzlerinnen und Staatskanzler der lateinischen Kantone in Bern teil, bei der ein neues Mitglied, der Kanton Graubünden, aufgenommen wurde. Das für den Herbst geplante Treffen wurde aufgrund von Covid-19 abgesagt.

2.2 Büro für Information (Bfi)

Das Bfi unterstützt die Staatskanzlei bei der Informationstätigkeit über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei diesen Tätigkeiten und sorgt für gute Beziehungen mit den Medien.

2.2.1 Weiterbildung im Bereich der Information

Das Bfi hat seine Kontakte mit den Mitgliedern der kantonalen Verwaltung und mit den Journalistinnen und Journalisten fortgeführt und gepflegt. Der jährliche Ausbildungstag zur Kommunikation für Kader des Staates musste aufgrund der Pandemie abgesagt werden. Das Bfi konnte jedoch gleich zu Beginn des Jahres Medienvertreterinnen und -vertreter zu einer Diskussionsrunde mit den Ansprechpersonen für Information der Direktionen einladen.

2.2.2 Medienmitteilungen, -konferenzen und -orientierungen

Etwa 320 Pressemitteilungen, davon 60 mit Bezug zu Covid-19, wurden an die Medien verschickt, und 43 Medienkonferenzen, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats teilnahm, wurden abgehalten, zusätzlich zu 18 Covid-19-Medienorientierungen. Im Bestreben, die Koordination der Kommunikation weiter zu verbessern, organisierte das Bfi mehrere Sitzungen mit der Konferenz der Ansprechpersonen für Information der Direktionen.

2.2.3 Pressespiegel

Das Bfi hat auch im letzten Jahr täglich einen Pressespiegel mit den wichtigsten Artikeln, die in den audiovisuellen Medien, in der Presse und in den Onlinemedien erschienen sind, zusammengestellt, wie es das seit mehreren Jahren macht. Dieser Pressespiegel, der sich insbesondere an die höheren Kader des Staates richtet, wird im Intranet veröffentlicht und bietet einen schnellen Überblick über alle Themen über den Staat Freiburg, die jeden Tag in den Medien behandelt werden. Im Rahmen seines Engagements für das KFO erstellte das Bfi während der Zeit der vom Staatsrat beschlossenen ausserordentlichen Lage auch einen «Covid-19»-Medienspiegel.

2.2.4 Elektronische Kommunikation

2.2.4.1 fr.ch

Die Benutzerinnen- und Benutzererfahrung steht im Mittelpunkt der Überlegungen zur Verbesserung der Website fr.ch und der Entscheidungen zur Priorisierung der Anfragen der Ämter und Direktionen des Staates Freiburg. Es wurden wichtige Verbesserungen an der Performance der Website (Ladezeit, Sicherheit, SEO) vorgenommen und neue Funktionen eingeführt (neue Blocktypen, Feedback-Formular). Das Jahr 2020 war im Vergleich zum Jahr 2019 geprägt von einem Anstieg der Seitenaufrufe um mehr als 60 % (dies erklärt sich teilweise durch die Suche nach Informationen über Covid-19) und einer Verschiebung auf 43 % mobilen Traffic im Vergleich zu 29 % im Jahr 2019.

Das BfI managet Anfragen für interne und externe Verbesserungen und priorisiert diese nach genau definierten Kriterien (Dringlichkeit, technische Mittel, verfügbare Ressourcen). Es arbeitet, was die technischen Aspekte betrifft, eng mit dem ITA zusammen, und, was die Inhalte betrifft, eng mit den Ansprechpersonen für Information der Direktionen zusammen.

2.2.4.2 Kommunikationsmittel des Staates

Das BfI ist damit beauftragt, je nach den von den Informationsverantwortlichen der Direktionen geäusserten Bedürfnissen Kommunikationsmittel ausserhalb von fr.ch zu untersuchen, welche die Kommunikationsarbeit der verschiedenen Organe des Staates Freiburg auf fr.ch oder ausserhalb verbessern können. Das BfI dient dabei als Pilotorganisation, um diese neuen Werkzeuge in enger Zusammenarbeit mit dem ITA, das für die technischen Aspekte zuständig ist (Beispiel: Newsletter-Werkzeug), zu testen. Sobald das Werkzeug validiert ist, bereitet das BfI die notwendige Dokumentation vor und informiert die Informationsverantwortlichen der Direktionen im Hinblick auf eine breitere Nutzung.

2.2.4.3 Intranet

Das BfI hat mit verschiedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei, des ITA und des POA Gespräche über die Verbesserungen des Intranets aufgenommen, um den Zugang zu internen Informationen zu erleichtern, insbesondere für diejenigen Personen, die neu beim Staat Freiburg angestellt wurden. Die Ziele wurden festgelegt (vereinfachte Navigation, verbesserte Visualisierung, klareres Organisieren der Inhalte) und werden 2021 in enger Zusammenarbeit mit wichtigen Ämtern wie dem POA, dem ITA und dem HBA umgesetzt.

2.2.4.4 Social Media

Das BfI wirkt auch als «Community Manager» für die Social Media, auf denen der Staat präsent ist, nämlich Facebook, Twitter, LinkedIn und YouTube. Es wurde eine neue Strategie entwickelt, die sich an verschiedenen Punkten orientiert (Image des Staates, Zugang zu Leistungen, Teilen von Informationen und News, Nähe zur Bevölkerung). Angesichts der Gesundheitssituation konzentrierte sich die Kommunikation vor allem auf die Entwicklung der Covid-19-Situation und die ergriffenen Massnahmen, insbesondere im Rahmen der Einbindung in die KFO-Informationseinheit. Das BfI arbeitet eng mit den Direktionen und ihren Ämtern zusammen, um die in den sozialen Netzwerken geteilten Inhalte zu erweitern und durch die gebotene Vielfalt eine grössere Anzahl von Menschen zu erreichen.

2.2.4.5 Interne Kommunikation

Das BfI ist dafür verantwortlich, die Redaktorinnen und Redaktoren der Website fr.ch durch einen Newsletter über die jüngsten Neuigkeiten zu informieren. Es bietet ihnen durch Ratschläge, die auf verschiedenen Medien (Hilfe-Wiki, Schulungen, Videos) veröffentlicht werden, Unterstützung bei ihrer Arbeit. Das BfI ist auch Anlaufstelle für Probleme im Zusammenhang mit fr.ch.

2.2.5 Corporate Design

Das BfI achtet mit Unterstützung der Konferenz der Generalsekretäre täglich darauf, dass Grafikcharta im Zusammenhang mit dem Corporate Design des Staates in allen Verwaltungseinheiten, welche diese anwenden müssen, beachtet und richtig angewendet wird.

2.2.6 Kantonales Führungsorgan (KFO)

Der Leiter des BfI, seine Stellvertreterin und andere Mitglieder des BfI haben sich sehr aktiv an der Kommunikationsarbeit des KFO beteiligt (siehe Kapitel «1. Coronavirus - Rückblick 2020»).

2.3 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat dabei, eine Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und seiner Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, den Konferenzen der Kantonsregierungen (KdK, WRK), dem Bund und der Europäischen Union aufrechtzuerhalten. Die vom Sektor begleiteten Dossiers werden im Tätigkeitsbericht des Staatsrats im Kapitel «Aussenbeziehungen» vorgestellt. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt. Die Vorbereitung der Dossiers, die intra- und interkantonale Koordination und das Mitverfolgen der eidgenössischen, interkantonalen und internationalen Geschäfte bilden die Haupttätigkeit des Sektors.

2.3.1 Interkantonale Koordination und Zusammenarbeit

2.3.1.1 Arbeitstreffen

Im Laufe des Jahres trifft sich der Staatsrat regelmässig mit anderen Regierungen zu Arbeitssitzungen, für deren Koordination der Sektor Aussenbeziehungen zuständig ist. In diesem Jahr konnten aufgrund der Covid-19-Pandemie keine Treffen stattfinden.

2.3.1.2 Interkantonale Konferenzen

Ein wichtiges interkantonales Gremium ist die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK). Der Sektor Aussenbeziehungen pflegt das Netzwerk mit den anderen Delegierten für Aussenbeziehungen und bereitet die Vorstandssitzungen vor. Der Höhepunkt im Jahr 2020 war die gemeinsame Medienkonferenz im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative, die vom Volk klar abgelehnt wurde.

Die Arbeit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) wurde von der Covid-19-Pandemie und einigen innenpolitischen Themen dominiert. Die KdK hat Erklärungen zuhanden des Bundesrats verabschiedet. Der Sektor Aussenbeziehungen hat die Plenarversammlungen vorbereitet, an denen der Volkswirtschaftsdirektor teilnahm.

2.3.1.3 Interkantonale Zusammenarbeit

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Durchführung des Projekts Hauptstadregion Schweiz (HRS) beim Staat Freiburg.

Die diesjährige Generalversammlung der HRS fand in Murten statt. Das in Neuenburg vorgesehene Forum hingegen musste auf 2021 verschoben werden. Das Jahr 2020 markiert auch das 10-jährige Bestehen der HSR. Dieses Jubiläum bot seinen Mitgliedern die Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie man das nächste Jahrzehnt mit Innovation und Dynamik angehen kann.

Da der HRS französisch- und deutschsprachige Kantone angehören, ist die Zweisprachigkeit ein wesentlicher Bestandteil ihrer Identität. Um diesen kulturellen Reichtum zu würdigen, wird innerhalb des Vereins ein Projekt «Filmpreis» entwickelt. Da die HSR viele Filmfestivals auf ihrem Gebiet kennt, war es natürlich das Kino, das sich als bevorzugtes künstlerisches Medium bei der Ausarbeitung des Preises der Zweisprachigkeit herausstellte.

Im November ist der Cluster Food & Nutrition der HRS zusammen mit dem Kanton Freiburg und Agroscope dem Verein Swiss Food & Nutrition Valley beigetreten. Dies ist eine gute Nachricht für diesen Cluster, der die Rolle des Konsolidierers der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen regionalen und nationalen Akteuren übernehmen soll.

2.3.2 Europäische Integration und internationale Beziehungen

Die Nachverfolgung und Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. Generell stand das Jahr 2020 im Zeichen der Diskussionen um das zwischen Bern und Brüssel ausgehandelte institutionelle Rahmenabkommen. Der Kanton Freiburg möchte den bilateralen Weg fortsetzen und seine Anliegen betreffen insbesondere die Frage des

Rahmens für staatliche Beihilfen, den Lohnschutz im Rahmen des freien Personenverkehrs und die Unionsbürger-Richtlinie, die insbesondere den Zugang zu Sozialleistungen für in der Schweiz ansässige europäische Bürgerinnen und Bürger regelt. Nach der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative hat sich der Bundesrat erneut mit dem Thema befasst, allerdings ohne grössere Fortschritte.

2.3.2.1.1 Internationale Beziehungen

Die Region Grand Est ist eine französische Verwaltungsregion, die aus dem Zusammenschluss der ehemaligen Regionen Elsass, Champagne-Ardenne und Lothringen hervorgegangen ist und 5,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zählt. Zwischen dieser französischen Region und dem Kanton Freiburg gibt es ein Kooperationsabkommen in den Bereichen Innovation, Tourismus und Ausbildung, das 2014 ratifiziert wurde. Der Sektor Aussenbeziehungen hielt zwei Treffen mit der Führung der Region Grand Est ab, bei denen vier Themen der Zusammenarbeit besprochen wurden: Bioökonomie, Wasserstoff, Cyber Security und eine Transversale zur INTERREG III B Alpenraum. Leider konnten diese Themen aufgrund von Covid-19 nicht weiter vertieft werden.

Eine weitere internationale Kooperation besteht mit der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Der Bereich Aussenbeziehungen nahm an der virtuellen Sitzung von deren Büro und deren Generalversammlung teil, bei der zwei Strategiepapiere verabschiedet wurden. Das erste Dokument beschäftigt sich mit dem Thema Nachhaltigkeit (Agenda 2030, Green Deal) und wurde von der Task Force Nachhaltigkeit erarbeitet, in der Freiburg einen Sitz hat. Das zweite Dokument beschäftigt sich mit der Digitalisierung, einem Thema, das vor allem in Zeiten der Pandemie immer wichtiger wird; die Infrastruktur (5G-Netz/Glasfasernetz) muss ausgebaut werden, da 40 % der ländlichen Bevölkerung in Europa keinen Zugang zum Internet hat.

2.4 Imageförderung des Kantons Freiburg

Die 2013 auf Anregung des Staatsrats gegründete Organisation «Fribourgissima Image Fribourg Freiburg» (FIF) hat zum Ziel, die Vorzüge Freiburgs über die Sensibilisierungskampagne «Freiburg macht glücklich» auch in der übrigen Schweiz bekannt zu machen. Der Verein besteht aus 14 Partnerinnen und Partnern und ist eine öffentlich-private Partnerschaft, bei welcher der Staat die Hälfte der Finanzierung sicherstellt. Der organisatorische und logistische Betrieb wird von einem Sekretariat, das auch in diesem Jahr von der Industrie- und Handelskammer des Kantons Freiburg gestellt wurde, übernommen. Das Sekretariat kümmert sich um die Organisation von Arbeitssitzungen, die Koordination der Arbeit, die Umsetzung von Entscheidungen, die Verwaltung der sozialen Netzwerke sowie die Buchhaltung und die Haushaltsführung. Der Vorstand des Vereins unter dem Vorsitz der Staatskanzlerin ist für die Erstellung und Umsetzung des von der Generalversammlung festgelegten Jahresprogramms verantwortlich.

Der Vorstand traf sich viermal und setzte seine digitale Kommunikationsstrategie weiter um. Aufgrund der gesundheitlichen Lage war es jedoch schwierig, den Verein in die Erstellung und Umsetzung von Projekten und die Durchführung von Veranstaltungen einzubinden, wie es der Vorstand in den Vorjahren getan hatte. Da viele Projekte auf das Jahr 2021 verschoben wurden, hat der Vorstand ausnahmsweise beschlossen, die Beiträge der Partnerinnen und Partner für das Jahr 2021 zu halbieren. Dennoch beteiligte sich FIF an der Kampagne des Freiburger Tourismusverbands zur Wiederankurbelung und an der Sendung der RTS über den Alpbabzug von Charmey. Ausserdem unterstützte FIF Kommunikationsmassnahmen, um die Kilbi im Freiburger Land und die Swiss Cyber Security Days ausserhalb des Kantons bekannt zu machen.

Dieses siebte Jahr der Tätigkeit von FIF konnte auch als Gelegenheit genutzt werden, die Basis für eine grosse Kampagne zur wirtschaftlichen Sensibilisierung für 2021 zu schaffen und gleichzeitig die Plattform des Austauschs, die um diese Kampagne herum geschaffen wurde, weiter zu bereichern. Das Engagement der Partnerinnen und Partner und ihre Bereitschaft, gemeinsam das Image des Kantons Freiburg zu fördern, wächst und wird immer intensiver.

2.5 Sektor Übersetzung

Der Sektor Übersetzung prüft die deutschen Fassungen der Erlassentwürfe und der amtlichen Texte, die von den Direktionen und weiteren Behörden vorgelegt werden, auf ihre inhaltliche und sprachliche Richtigkeit. Er fertigt ausserdem Übersetzungen für die Staatskanzlei, für das Sekretariat des Grossen Rates und wenn nötig für das

Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit der Übersetzung Französisch-Deutsch und Deutsch-Französisch in der Kantonsverwaltung.

2.5.1 Übersetzung

2020 übersetzten die Mitarbeiter des Sektors neben den üblichen Arten von Texten einige sehr umfangreiche Texte, wie die Tätigkeitsberichte der Bezirks- und Friedensgerichte des französischsprachigen Kantonsteils und denjenigen von Fribourgissima sowie die Berichte des Staatsrats über die Coronakrise und über den Wiederankurbelungsplan. Daneben half der Sektor auch regelmässig den Direktionen aus, wenn deren Übersetzerinnen und Übersetzer abwesend oder überlastet waren. Insbesondere übersetzte er für das Amt für Umwelt den Sachplan Gewässerbewirtschaftung. Die Möglichkeit, Texte extern vom Französischen ins Deutsche übersetzen zu lassen, wurde etwas weniger genutzt als im Vorjahr: 29 Aufträge gegenüber 33 im Jahr 2019. Hingegen waren unter den Texten einige sehr umfangreiche Dokumente, so dass der Kredit, der für diese Dienstleistung zur Verfügung steht, grösstenteils aufgebraucht wurde.

2.5.2 Terminologie

Der Verantwortliche des Sektors führte die Terminologie aus der Freiburger Gesetzgebung für die interne Terminologiedatenbank nach. Auch die Titel der neuen Erlasse wurden in die Datenbank aufgenommen. Ein Mitarbeiter des Sektors hat damit begonnen, die Terminologie der Informatik, des E-Government und von E-Health zu erfassen. Der Sektor hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm) aktiv mitgewirkt. Aufgrund der Coronakrise fand 2020 keine Sitzung des Organs statt. Die Terminologie des Staates Freiburg steht weiterhin unter der Adresse <http://friterm.fr.ch> auf dem Internet zur Verfügung, und neue Einträge werden einmal im Monat hinzugefügt.

2.5.3 Maschinelle Übersetzung

Die Softwares für die maschinelle Übersetzung werden immer leistungsfähiger. Deshalb wurden für die Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung Professional-Lizenzen der Software DeepL beschafft. Diese können in die Software zur computerunterstützten Übersetzung (Transit) integriert werden und ergänzen diese, wobei die Übersetzungsvorschläge von DeepL ausdrücklich als maschinelle Übersetzungen gekennzeichnet werden. Insbesondere bei metaphorischer Verwendung der Sprache ist die Software jedoch überfordert. Deshalb und da der Gebrauch von DeepL und anderer Software zur maschinellen Übersetzung in der Kantonsverwaltung sehr verbreitet ist, hat die Staatskanzlei unter der Mitarbeit des Sektors Richtlinien zur maschinellen Übersetzung herausgegeben.

2.5.4 Dienstleistungen für die Übersetzerinnen und Übersetzer des Staates

Die Übersetzerkonferenz, in der die Übersetzerinnen und Übersetzer der Kantonsverwaltung sowie des freiburger spitals und des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit vereint sind, hielt 2020 zwei Sitzungen ab, eine davon fand als Videokonferenz statt. Dieses Organ, das 2011 geschaffen wurde, wird vom Verantwortlichen des Sektors geleitet und behandelt Fragen der Übersetzung und der Terminologie beim Staat. 2020 behandelte die Konferenz namentlich die Erfahrungen mit der Coronakrise und der Übersetzungssoftware DeepL.

2.6 Sektor Amtliche Veröffentlichungen

Der Sektor Amtliche Veröffentlichungen stellt die formale und inhaltliche Kontrolle der französischen und der deutschen Fassungen der Erlassentwürfe sowie der amtlichen Texte der Direktionen des Staatsrats oder anderer Behörden sicher. Er besorgt die sprachliche Kontrolle der französischen Fassung, während der Sektor Übersetzung mit der Kontrolle der deutschen Fassung beauftragt ist. Er ist auch damit beauftragt, die Berichte des Staatsrats und die Botschaften zu den Gesetzes- und Dekretsentwürfen vor der Verteilung im Grossen Rat zu kontrollieren und allenfalls zu korrigieren.

Jede Woche veranlasst der Sektor die elektronische Veröffentlichung von Erlassen, die vom Grossen Rat, vom Staatsrat und von anderen Behörden verabschiedet werden, in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF). Er hält die sie betreffenden zusätzlichen Daten auf dem neuesten Stand und nimmt sie in die veröffentlichten Erlasse auf: Ausübung der Volksrechte, Promulgierung, Inkrafttreten, eidgenössische Genehmigung. Gleichzeitig veröffentlicht er im Amtsblatt die Liste der in der SGF veröffentlichten Erlasse sowie die oben genannten

zusätzlichen Daten. Darüber hinaus druckt er zu Aufbewahrungs- und Sicherheitszwecken vier Kopien der in der SGF veröffentlichten Erlasse aus.

Der Sektor hat ebenfalls die Aufgabe, die Veröffentlichungen von Anzeigen und amtlichen Texten über Angelegenheiten der Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten, interkantonale und ausserkantonale Angelegenheiten im Amtsblatt (ABI) sicherzustellen. Dazu kommt, in Zusammenarbeit mit der Druckerei, die Verwaltung des Erfassungstools, das den Dienststellen des Staates für die Veröffentlichung ihrer Anzeigen zur Verfügung gestellt wird.

Um für einen guten Ablauf und eine wirksame Organisation der Zusammenarbeit des Sektors sowohl mit den Direktionen des Staatsrats, dem Sekretariat des Grossen Rates und weiteren Behörden, aber auch mit der Druckerei zu sorgen, erstellt er Terminpläne.

Ausserdem ist er für die Anwendung Telefonbuch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates verantwortlich und ist mit der Nachführung der Daten mehrerer Einheiten beauftragt.

Schliesslich liegt es in der Verantwortung des Sektors, die Daten des Staatskalenders des Staates Freiburg zu sammeln und anzupassen, damit diese elektronisch archiviert werden können.

2.6.1 Veröffentlichungen

In der **Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 25 Gesetze (2019: 10), 26 Dekrete (2019: 14), 1 Parlamentsverordnung (2019: 0) und 1 Berichtigung (2019: 0);
- > Staatsrat: 133 Verordnungen (2019: 67), 0 Beschlüsse (2019: 0), 4 Reglemente (2019: 6), 1 Tarif (2019: 0) und 1 Berichtigung (2019: 0);
- > Direktionen und weitere Behörden: 4 Erlasse (2019: 9).

Der Sektor veröffentlichte zudem:

- > Promulgierungsverfügungen zu 32 Erlassen (2019: 19);
- > Mitteilungen zu kantonalem und interkantonalem Recht für 4 Erlasse (2019: 3);
- > Verfügungen über Genehmigungen von 2 Erlassen durch den Bund (2019: 6).

In der französischsprachigen amtlichen Sammlung wurden insgesamt 1017 Seiten (2019: 601) publiziert, 1020 Seiten (2019: 605) in der deutschsprachigen amtlichen Sammlung.

Im **Amtsblatt (ABI)** wurden veröffentlicht:

- > Grosser Rat: 7 Einbürgerungsdekrete (2019: 3);
- > Staatsrat: 24 Beschlüsse (2019: 21) und 1 Entscheid zur Genehmigung von Statuten von Verbänden (2019: 5).

2.6.2 Politische Rechte - Volksabstimmungen und Gemeindewahlen

Der Sektor hat die Einberufungsbeschlüsse und die Beschlüsse über die Ergebnisse zu den Resultaten für die im Laufe des Jahres abgehaltenen Volksabstimmungen, d. h. für 3 eidgenössische Abstimmungen (2019: 2) und für 2 kantonale Abstimmungen (2019: 1), verfasst und veröffentlicht.

Der Sektor hat in beiden Amtssprachen auch vorbereitet und im Amtsblatt veröffentlicht:

- > das Dekret zur Einberufung der Stimmberechtigten der Gemeinden, die sich auf den 1. Januar 2021 zusammenschliessen, zur vorgezogenen vollständigen Erneuerung der Gemeinderäte und der Generalräte;
- > den Beschluss zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur vollständigen Erneuerung der Gemeindenderäte und der Generalräte.

2.6.3 Einbürgerungsdokumente

Aufgrund des Coronavirus und der daraus resultierenden gesundheitlichen Massnahmen wurde auf die traditionellen offiziellen Empfänge, bei denen neue Bürgerinnen und neue Bürger ihre Einbürgerungsurkunde erhalten, verzichtet. Diese wurde ihnen per Post zugestellt. Der Sektor ist beauftragt, die Korrektheit der Dokumente unter formellen und

materiellen Kriterien zu gewährleisten. Er kontrollierte und druckte im Verlaufe des Jahres 476 Einbürgerungsurkunden (2019: 483).

2.6.4 Staatskalender des Kantons Freiburg

Ende 2019 sammelte der Sektor gemäss den Archivierungsrichtlinien die Daten, aus denen der Staatskalender des Staates Freiburg erstellt wird, für dessen Ablieferung an das Staatsarchiv und für die digitale Archivierung. Aufgrund der erhöhten Arbeitsbelastung durch die vom Coronavirus ausgelöste Krise konnte die Aufbereitung und Strukturierung dieser Daten jedoch nicht im Laufe des Jahres vorgenommen werden und wurde auf 2021 verschoben.

2.6.5 LexWork Advanced

Die Anwendung LexWork Advanced, ein Tool zur Verwaltung der Gesetzgebung, zu dem das XML-Redaktionssystem gehört, wurde am 1. Januar 2019 eingeführt, zeitgleich mit der Einführung des Vorrangs der elektronischen Version der Gesetzgebung und dem Auslaufen der gedruckten Version der Erlasse.

Der Sektor hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesetzgebung die Direktionen und Ämter bei der Nutzung der Anwendung unterstützt und beraten. Darüber hinaus hat der Sektor zur Erleichterung der Eingabearbeit durch die Verwaltungseinheiten Vorlagen für wiederkehrende Erlasse erstellt.

2.6.6 Amtsblatt – Projekt 2022

Der Vertrag zwischen dem Staat Freiburg und der St. Paul Holding AG für die Veröffentlichung des Amtsblatts läuft am 31. Dezember 2021 aus. Im Laufe des Jahres beteiligte sich der Sektor aktiv an der Arbeit der Arbeitsgruppe, die unter der Federführung der Staatskanzlei eingesetzt wurde und die Aufgabe hatte, die genauen Erwartungen festzulegen und die Verbesserungen, die für eine Vertragsverlängerung an der Papier- und der elektronischen Version des Blattes angebracht werden sollten, untersucht. Die Arbeit, die 2021 fortgesetzt wird, umfasst alle Faktoren, welche die Veröffentlichung des Amtsblattes beeinflussen: Präsentation, Format, Inhalt, Verfahren, digitale Medien usw.

2.7 Sektor politische Rechte

2.7.1 Vorgehen

Die Anwendung zur Verwaltung von Wahlen und Abstimmungen (SyGEV), die von allen Gemeinden, Oberämtern und auf kantonaler Ebene genutzt wird, hat nach den Problemen beim eidgenössischen Urnengang am 10. November 2019 zahlreiche Verbesserungen erfahren. Das von Grossrätinnen und Grossräten geforderte und vom Staatsrat in Auftrag gegebene Performance-Audit hat ergeben, dass die SyGEV-Anwendung gut funktioniert und sowohl der Lieferant als auch der Staat gut organisiert sind. Es wurden Empfehlungen für Verbesserungen ausgesprochen, von denen die meisten bereits realisiert wurden.

Nachdem die Post im April 2019 beschlossen hatte, ihr E-Voting-System (elektronische Stimmabgabe) vom Markt zurückzuziehen, wurde es 2020 nicht eingesetzt. Der Staat Freiburg hat sich an den Arbeiten des Bundes beteiligt, die zum Ziel hatten, mit Hilfe von Experten die notwendigen Massnahmen zu definieren, um für die elektronische Stimmabgabe im Internet die erforderlichen Garantien abgeben zu können. Diese Arbeiten waren Gegenstand eines Berichts, der dem Bundesrat vorgelegt wurde. An einer Medienkonferenz am 21. Dezember 2020 gab dieser seine Entscheidung bekannt, mit der Restrukturierung der Versuchsphase für die elektronische Stimmabgabe neu zu beginnen, damit die Kantone erneut Versuche durchführen können. Die Sicherheit der elektronischen Stimmabgabe wird durch präzisere Sicherheitsanforderungen, strengere Transparenzregeln, eine engere Zusammenarbeit mit unabhängigen Expertinnen und Experten und eine effektive Überwachung im Auftrag des Bundes gewährleistet.

Die Arbeiten zum Aufbau eines kantonalen Stimmregisters wurden fortgesetzt. Die Beteiligung mehrerer Gemeinden hat es möglich gemacht, den Bedarf zu spezifizieren und die Entwicklung abzuschliessen. Dieses Register wird im Jahr 2021 einsatzbereit sein und die Qualität der Informationen verbessern und die Prozesse für die Ausstellung von Stimmrechtsausweisen vereinfachen.

Der zweite Teil des Jahres war den Vorbereitungen und Schulungen der Gemeinden im Hinblick auf die allgemeinen Gemeindewahlen 2021 gewidmet.

2.7.2 Vorgezogene Gemeindewahlen (8. und 29. November 2020)

Acht Gemeinden, die sich auf den 1. Januar 2021 zusammengeschlossen haben, nahmen an den vorgezogenen allgemeinen Gemeindewahlen am 8. und 29. November 2020 teil. Am Zusammenschluss von Tafers nahmen die drei Gemeinden Alterswil, St. Antoni und Tafers teil. Für denjenigen von Surpierre nahmen die beiden Gemeinden Cheiry und Surpierre teil.

Die genauen Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen können auf dem Internet unter folgender Adresse eingesehen werden: <http://sygev.fr.ch/resultate>.

2.7.3 Eidgenössische und kantonale Abstimmungen

Es fanden drei eidgenössische und zwei kantonale Urnengänge statt.

Am 9. Februar 2020 stimmten die Bürgerinnen und Bürger über zwei eidgenössische Vorlagen ab:

- > Volksinitiative für «Mehr bezahlbaren Wohnraum»;
- > Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung).

Anlässlich desselben Urnengangs wurde eine kantonale Vorlage zur Abstimmung unterbreitet:

- > Zusammenschluss der Gemeinden Murten und Clavaleyres: Änderung des freiburgischen Kantonsgebiets.

Der ursprünglich für den 17. Mai 2020 geplante Urnengang wurde vom Bundesrat aufgrund der gesundheitlichen Situation abgesagt und die dafür vorgesehenen Vorlagen auf den 27. September 2020 verschoben. An diesem Sonntag stimmten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die folgenden fünf Bundesvorlagen ab:

- > Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative);
- > Änderung des Jagdgesetzes;
- > Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Steuerabzug von Kinderbetreuungskosten durch Dritte);
- > Vaterschaftsurlaub – Änderung des Erwerbsersatzgesetzes;
- > Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

Am 29. November 2020 wurde über die folgenden zwei eidgenössischen Vorlagen abgestimmt:

- > Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»;
- > Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten».

Während desselben Urnengangs wurde eine kantonale Vorlage zur Abstimmung unterbreitet:

- > Revision des Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals.

2.7.4 Urnengänge auf Gemeindeebene

Es haben zahlreiche Ergänzungswahlen in die Gemeinderäte stattgefunden. Es wurden auch Wahlen zur Ergänzung verschiedener Generalräte durchgeführt. Im Berichtsjahr fanden auch verschiedene Gemeindeabstimmungen statt.

2.7.5 Ausübung der Volksrechte

Am 20. August wurde das Volksinitiativbegehren, mit dem ein kostenloser öffentlicher Verkehr gefordert wird, bei der Staatskanzlei eingereicht. Am 2. Dezember wurde dieses mit 8628 Unterschriften versehene Begehren den Gemeinden zur Prüfung vorgelegt.

Es wurde kein Referendumsbegehren eingereicht.

Bei der Staatskanzlei wurden sieben Petitionen eingereicht:

- > am 5. Februar: Petition für die Begrenzung der Schülerzahl pro Klasse auf höchstens 24, auf durchschnittlich 21 und auf 16 in Wahlfachkursen (2995 Unterschriften);

- > am 19. März: Petition, mit der verlangt wird, darauf zu verzichten, den Eltern vorzuschreiben, für den Schuljahresbeginn 2020 an den Kollegien, der FMS und der Handelsmittelschule einen Laptop zu kaufen (2458 Unterschriften);
- > am 13. Mai: Petition, mit der vom Staatsrat die Bereitstellung von ausreichendem Schutzmaterial und von Entschädigungen für das Personal der Pflegeheime und der freiburgischen Gesundheitsnetzwerke gefordert wird (218 Unterschriften).
- > am 13. Mai: Petition für die Aufwertung der Pflege- und Spitalberufe und für die zusätzliche finanzielle Unterstützung des HFR (2006 Unterschriften);
- > 21. August: Petition «Noch eine Kiesgrube und Deponie im Intyamontal, nötig oder absurd?» (2654 Unterschriften);
- > 15. Oktober: Petition, mit der eine Verbesserung des GAV INFRI-VOPSI gefordert wird – Unterstützung der Forderung des VPOD (234 Unterschriften);
- > 19. Oktober: Petition «Für eine grössere Solidarität mit den Flüchtlingen von Moria» (77 Unterschriften).

2.8 Informatikprojekte (SIP)

Der Sektor Informatikprojekte (SIP) hat intensiv bei der Fortsetzung der Entwicklung und der Wiederaufnahme des E-Voting mitgewirkt. Für die Durchführung dieses Projekts arbeiteten die Bundeskanzlei, die Kantone Freiburg, Thurgau und St. Gallen sowie die Schweizerische Post als künftige Anbieterin der E-Voting-Lösung über Internet eng zusammen. Insbesondere führte der SIP die Risikoanalyse auf kantonaler Seite mit der Methode OCTAVE Allegro durch.

Es wurde eine neue Version der Anwendung Axioma installiert. Derzeit wird sie von mehr als 430 Staatsangestellten genutzt, um Akten zwischen den Direktionen, dem Staatsrat und dem Grossen Rat zu verwalten und zu übermitteln.

Der SIP stellt den Support für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates für folgende Anwendungen sicher: Axioma, GesCom und ATE/ATI. In seiner Rolle als «Super-User», berät und unterstützt er alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ämter und Sektoren der Staatskanzlei im Bereich der Anwendungen Teams und Microsoft 365.

2.9 E-Government-Sekretariat

Die Aufgabe, die der Staatsrat in der Strategie vom Dezember 2014 dem E-Government-Sekretariat übertrug, besteht darin, den Zugang zu den Verwaltungsleistungen zu modernisieren und die Investitionen beim Staat zu teilen. Mit dieser Strategie wird der Tatsache, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft ihre wichtigen Geschäfte mit den Behörden dank den Informations- und Kommunikationstechnologien auf elektronischem Weg erledigen können, konkret Rechnung getragen.

2.9.1 Virtueller E-Government-Schalter

Die diesjährige Version 4.0 des virtuellen Schalters wurde beim «Best of Swiss Web»-Award mit der Bronzemedaille in der Kategorie Public Value ausgezeichnet. Ende des Jahres ging die Version 5.0 des virtuellen Schalters in Produktion. Diese Entwicklung war geprägt von der Standardisierung der Grafikcharta. Um das digitale Vertrauen zu erhöhen, wurde der virtuelle Schalter mit einem schwarz-weißen Design versehen, das demjenigen der Website fr.ch entspricht. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden viele der Ressourcen, die an den Leistungen des virtuellen Schalters arbeiten sollten, für die Gesundheitskrise mobilisiert. Daher war es notwendig, Themen voranzutreiben, die das E-Government-Sekretariat eigenständig vorantreiben kann. So wurden bei der Überprüfung der Benutzerfreundlichkeit des virtuellen Schalters neben den Farben auch die Schriftgrößen überarbeitet, damit die mobile Navigation für Online-Transaktionen optimiert ist. Am Ende der Tests waren alle Beteiligten in der Lage, die Verbesserungen für die Bevölkerung zu erkennen, und haben sich über das neue Design gefreut. Bei der Benutzerfreundlichkeit gibt es weitere Verbesserungen in Version 5, darunter insbesondere die zentrale Überwachung der laufenden Schritte im Rahmen der Leistungserbringung durch den Staat, die jetzt eine detaillierte Ansicht oder Push-Benachrichtigungen enthält, die es den Benutzerinnen und Benutzern schliesslich ermöglicht, zwischen einer E-Mail, einer SMS oder einer Nachricht zu wählen, die auf Ihrem Smartphone angezeigt wird, um Sie über ein Ereignis im Zusammenhang mit einer von ihnen angeforderten Leistung zu informieren. Mit der bevorstehenden Einführung von juristischen Personen wurde auch die Auswahl des Profils verbessert. In dieser neuen Version ist auch die Möglichkeit der

Kopplung mit einer Software zur Erhebung der Benutzerinnen- und Benutzerzufriedenheit integriert, die es ermöglicht, die kontinuierliche Verbesserung des virtuellen Schalters und seiner Leistungen zu verstärken. Es wurde auch an der Verbesserung der englischen Übersetzungen gearbeitet. Auf der technischen Ebene verläuft die Umstellung auf die Microservice-Architektur nach Plan. Die Datenbank wurde auf die neueste Technologie migriert und ein «Load Balancing» zwischen den Backend-Servern implementiert. Das war auch eine Gelegenheit, die Überwachung (Event-Management und -Monitoring) der Infrastruktur zu verstärken, um den von der Bevölkerung erwarteten Servicelevel und die erforderliche Verfügbarkeit gewährleisten zu können. Was die Sicherheit betrifft, so ist diese neue Version natürlich einem Audit unterworfen worden. Die Funktionalität zum Löschen des Profils mit Datenlöschung wurde weiter verbessert. Mit der Version 5 begannen auch die Arbeiten an der Integration der elektronischen Identifikation für den Kanton Freiburg. Diese Arbeit wird derzeit mit der Entwicklung der Version 6 von iGovPortal fortgesetzt.

2.9.2 Basisdienste

Die Basisdienste bilden die nötigen Grundlagen für die E-Government-Leistungen. Diese Grundbausteine ermöglichen die gemeinsame Entwicklung von E-Government. Das Jahr 2020 ermöglichte die Realisierung bzw. Weiterentwicklung der Funktionalitäten der folgenden Basisdienste:

- > frID: Es ist wichtig festzustellen, dass sich die Strategie der Einfachheit beim Anlegen von Konten gelohnt hat. In zwei Jahren haben mehr als 60 000 Benutzerinnen und Benutzer von den Dienstleistungen des virtuellen Schalters profitiert.
- > ePay: Die Stabilität von Online-Zahlungen wurde durch eine Verbesserung des Webhooks weiter erhöht.
- > eStore: Es wurde ein neuer Basisdienst für die temporäre Speicherung von verschlüsselten Daten implementiert.
- > eScan: Der Dokumentenscanservice via Smartphone wurde fertiggestellt und ist auch in der Verwaltung des Kantons Jura, mit dem wir ihn gemeinsam entwickelt haben, im Einsatz.
- > eCase: Der grundlegende generische Case Management Service ist darauf ausgelegt, eine kleine Anzahl von Vorgängen aus einer Dienstleistung schnell und standardisiert zu digitalisieren. So kann ein Amt eine Leistung zu geringeren Kosten und in kurzer Zeit über den virtuellen Schalter online stellen, auch wenn hierbei keine fachliche Anwendung involviert ist.
- > eSign: Die Integration der qualifizierten elektronischen Signatur in den virtuellen Schalter wurde getestet. Wir sind damit bereit, die ersten Projekte, in denen eine qualifizierte elektronische Signatur erforderlich ist, im virtuellen Schalter aufzuschalten.
- > eForms: Dieser Basisdienst wird es ermöglichen, Formular-Engines von Drittanbietern unabhängig in den virtuellen Schalter zu integrieren. Insbesondere im Rahmen des DIGI-FR-Projekts, mit dem die technischen Ressourcen Mittel des E-Governments zwischen Staat und Gemeinden geteilt werden soll, wird das Ziel verfolgt, die Gemeinden im Rahmen ihrer Leistungserbringung im virtuellen Schalter so autonom wie möglich zu machen. Dieser Basisdienst ist zwingend notwendig für den Erfolg des Ansatzes zur Involvierung der Gemeinden.

2.9.3 Leistungen

Bei den realisierten Leistungen handelt es sich hauptsächlich um Änderungen bestehender Leistungen, wie z. B. die 11 Leistungen des Zivilstandswesens und eine neue Version des Fischereipatents einschliesslich der Wiederbevölkerungstaxe. Alle bestehenden Leistungen wurden ebenfalls auf die neue Benutzeroberfläche migriert, die ein verbessertes Surferlebnis auf Smartphones bietet. Wir stellen fest, dass die von der E-Government-Kommission ausgewählten Leistungen und die betroffenen Ämter die richtigen sind, da die meisten von ihnen eine Online-Annahmequote von über 50 % aufweisen. Bei einigen, wie z. B. dem Fischereipatent, hat sich die Anzahl der ausgestellten Patente, von denen mehr als 2/3 online bestellt werden, verdoppelt. Die Informationen der Verwaltung der Staatsreben sind, wie die Gehaltsabrechnungen und Lohnausweise, Leistungen, mit denen wir unseren ökologischen Fussabdruck reduzieren und mit denen die jeweiligen Ämter wertvolle Zeit einsparen können. Auch die Integration der Leistung eUmzugCH in den virtuellen Schalter hat die Teams in diesem Jahr sehr beschäftigt. Der Kanton Freiburg war federführend bei den Aspekten des Datenschutzes und der aufgeklärten Einwilligung, die in die nationale Lösung integriert wurden. Nach diesen Arbeiten werden die Pilotgemeinden anfangs 2021 die ersten Tests

durchführen können. Durch die Leistung zur Bereitstellung von Familienwappen wird es möglich sein, dieses Dokument in digitaler Form zu erhalten und die elektronische Akkreditierung von Journalisten wird eine 100 % digitale und effizientere Bewerbung ermöglichen. Auch an bildungsbezogenen Leistungen wie der Benachrichtigung über die Abwesenheit von Schülerinnen und Schülern, der Übermittlung offizieller Dokumente, Urlaubsgesuchen, Begründungen von Abwesenheiten oder der Registrierung für Online-Schul-Services wurde gearbeitet.

Auch die Leistung elektronisches Betreibungsbegehren, welche die Effizienz der Übermittlung dieser Anträge durch die Bevölkerung und die Gemeinden erhöhen wird, wurde aufgeschaltet. Auf kommunaler Ebene wurde die Roadmap der kommunalen Dienstleistungen im Rahmen des Steuerungsausschusses (SA) DIGI-FR mit der Gruppe, die für die Leistungen zuständig ist, erarbeitet und wird anfangs 2021 der E-Government-Kommission (EGovK) vorgestellt.

Gewisse Leistungen, wie diejenigen des ASS oder diejenigen der Grundbuchämter, wurden verschoben, bis die APIs (Application Programming Interfaces) für die Geschäftsanwendungen zur Verfügung stehen. Der Bereich Digitalisierung ist von entscheidender Bedeutung für die Bereitstellung von Leistungen im virtuellen Schalter. Die in den letzten Jahren entwickelten Basisdienste werden es ermöglichen, ihre Verfügbarkeit zwischen 2021 und 2022 zu erhöhen.

2.9.4 Innovationen

Dieses Jahr war geprägt von der Implementierung der Lösung Skribble, die wir gemeinsam mit diesem Startup entwickelt haben. Während der Covid-19-Periode wurde die Weblösung von der Staatsratspräsidentin und der Staatskanzlerin versuchsweise für die Unterzeichnung von offiziellen Dokumenten eingesetzt. Sie ist sicher, einfach, schnell und ermöglicht die Aufrechterhaltung des Service public bei gleichzeitiger Einhaltung der notwendigen Sicherheitsabstände in dieser Pandemiezeit. Diese Lösung wurde auf der Basis von Erfahrungen der Benutzerinnen und Benutzer entwickelt und hat sich auch in der Wirtschaft schnell etabliert. Viele Unternehmen vertrauen mittlerweile auf Skribble und nutzen diese Lösung.

2.9.5 Vernehmlassungen

Im Zuge der starken Digitalisierung des Staates durch das Programm Freiburg 4.0 des Staatsrates und aufgrund der Schritte des Bundes nach der Verabschiedung der neuen E-Government-Strategie hat das E-Government-Sekretariat insbesondere über die Konferenz der Kantonsregierungen an zahlreichen Vernehmlassungen teilgenommen, nämlich:

- > Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (eID-Gesetz);
- > Digitale Verwaltung: Projekt zur Optimierung der bundesstaatlichen Steuerung und Koordination;
- > Bundesgesetz über den Datenschutz;
- > Gesetz und Verordnung über die Digitalisierung;
- > Gesetz über die Einwohnerkontrolle im Rahmen des Projektes eUmzug.

2.9.6 E-Government-Kommission (EGovK)

Die Fachkommission E-Government trat zweimal zusammen und hat Aurélie Talin als Vertreterin des ITA in ihre Reihen aufgenommen. Sie bestätigte die gewählten Ausrichtungen bei der Technologie im Rahmen des virtuellen Schalters und das Budget zuhanden der Informatikkommission des Staates.

Die Kommission begrüsst die Schaffung des technologischen Teils, der Basisdienste und der realisierten Leistungen.

Sie nahm zur Kenntnis, dass aufgrund fehlender Web-Services seitens des Lieferanten das Projekt ASS und das Projekt Handelsregister auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden. Sie hat mit dem Prüfen der für das Jahr 2022 vorgesehenen Leistungen begonnen.

Im Rahmen der kantonalen und interkantonalen Zusammenarbeit hat sie Kenntnis genommen von den Fortschritten des Projekts DIGI-FR, mit dem die Digitalisierungsschritte mit den Gemeinden koordiniert werden können. Sie konnte auch ermutigende Entwicklungen beim Verein iGovPortal.ch feststellen; die im folgenden Kapitel ausgeführt werden.

2.9.7 Kantonale und interkantonale Zusammenarbeit

Das E-Government-Sekretariat hat gemeinsam mit der IT-Planungsstelle des Bundes die zukünftige Architektur für die Zusammenarbeit zwischen allen föderalen Ebenen definiert.

Der Notwendigkeit, die Organisation auf nationaler Ebene zu vereinfachen, wurde durch die Einführung einer neuen Organisation auf nationaler Ebene – mit dem Namen Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) – Rechnung getragen.

Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit, namentlich bei iGovPortal.ch, konnte das E-Government-Sekretariat in Zusammenarbeit mit den Mitgliedskantonen an verschiedenen Treffen auf nationaler Ebene neue Kantone für unsere Lösung für den virtuellen Schalter und für die Synergien, die der Verein bei der Entwicklung von Dienstleistungen schafft, interessieren. Mit dem Beitritt des Kantons St. Gallen am 1. Januar 2020 und dem Beitritt des Kantons Graubünden am 1. Oktober 2020 werden potenziell mehr als 1,1 Millionen Einwohner über den virtuellen Schalter iGovPortal auf Online-Dienste zugreifen können. Auch für 2021 sieht die Zukunft gut aus, denn die unternommenen Schritte scheinen für zwei weitere Kantone, nämlich Luzern und Schaffhausen, von Interesse zu sein. Der Kanton Schwyz baut seine Basisinfrastruktur auf, und der Kanton Wallis wartet auf den Stellenantritt seines E-Government-Verantwortlichen, der das Projekt übernehmen soll. Der Kanton Genf entschied sich seinerseits für die Neuentwicklung einer Plattform, obwohl unsere alles enthielt, was er brauchte.

2.9.8 Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der Digitalisierung (Projekt DIGI-FR)

Auf kantonaler Ebene hat sich die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden über den Freiburger Gemeindeverband (FGV) im Rahmen der Arbeit des SA DIGI-FR weiterentwickelt, trotz der Gesundheitskrise, aufgrund der die Arbeiten auf das Jahresende hin verschoben werden müssen. Die erste gemeinsame Roadmap in den Schwerpunktbereichen wurde fertiggestellt, und bei der Staatskanzlei wurde eine für die Gemeinden verantwortliche Stelle geschaffen. Die Aufgabe des Stelleninhabers ist es, eine Bestandsaufnahme der Gemeindeleistungen im Bereich Digitalisierung und E-Government zu erstellen. Zu seinen Aufgaben gehören u. a. ebenfalls die kontinuierliche Definition der Roadmap der elektronischen Leistungen, die Organisation der Service Delivery, die Umsetzung einer kohärenten Kommunikation zu den kommunalen Leistungen an die Bevölkerung und die Garantie, dass der rechtliche Rahmen für die Gemeinden an deren Bedürfnisse angepasst ist. Als privilegierter Partner der DIGI-COM-Kommission des FGV sorgt der Stelleninhaber als zentrale Anlaufstelle für die Gemeinden dafür, dass diese die Voraussetzungen erhalten, um den Übergang zur kommunalen Digitalisierung und zum kommunalen E-Government zu vollziehen und gleichzeitig Einsparpotenziale bei der Bündelung von Ressourcen und Technologien zu identifizieren. In diesem Jahr wurden insbesondere die Projekte, die umgesetzt werden sollen, definiert und der Vorschlag für ein Geschäftsmodell für die Gemeinden und den Staat konkretisiert.

2.10 Kantonaies Bezugssystem

Die Staatskanzlei arbeitet intensiv daran, die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der digitalen Transformation von Staat und Verwaltung zu stärken. Sie engagiert sich für funktionsübergreifende Geschäftsangelegenheiten und hat ihre aktive Beteiligung an der Entwicklung der kantonalen Governance für harmonisierte Daten fortgesetzt. Im schwierigen Covid-19-Kontext scheute sie keinen Aufwand, um die Koordination einer Reihe von Berufen und Behörden sicherzustellen, die von der Einführung des kantonalen Bezugssystems betroffen sind. Sie stellt in der Experimentierphase die meisten der in der Umsetzungsverordnung (SGF 184.16) vorgesehenen Querschnittsaufgaben und Zuständigkeiten sowie die Kommunikation sicher und leitet die Kommission für die Governance der Referenzdaten. In enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesetzgebung stösst sie die notwendigen Anpassungen der Rechtsgrundlagen an die Anforderungen der Digitalisierung und die aktualisierten Erwartungen der Bevölkerung und der involvierten Unternehmen an. Sie befasste sich im Rahmen des Gesetzes zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an bestimmte Aspekte der Digitalisierung, das dem Grossen Rat überwiesen wurde, insbesondere mit den Bestimmungen zur Thematik des Bezugssystems. Für allgemeine Informationen zum Programm, siehe:

<https://www.fr.ch/de/alltag/vorgehen-und-dokumente/kantonaies-bezugssystem>.

Die Staatskanzlei arbeitet eng und gut mit dem ITA-Programmteam zusammen, das für das technische Management, die Überwachung der IT-Entwicklungen, Sicherheitsfragen und die Integration der Daten aus den verschiedenen autorisierten Quellen zuständig ist. In diesem Jahr hat das ITA den Geschäftsbereichen die erste nicht-personenbezogene Datenbank geliefert und eine funktionale Plattform für E-Government zur Verfügung gestellt. Auch die ersten Daten zu natürlichen Personen werden dort demnächst verfügbar sein. Mit Unterstützung der Informatikkommission des Staates (IKS) führt das ITA derzeit die Strategie zur Anbindung der Register durch, ein entscheidendes Element der Governance und der Verbesserung der Datenqualität. Alle Partner des Bezugssystems mit umfangreichen Verpflichtungen werden nach und nach in der Lage sein, konkret mit ihm verbunden zu werden, indem sie ihre Register miteinander verbinden oder durch Bildschirmabfragen, die für die entsprechend ihrer Funktionen autorisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestimmt sind.

Das Amt für Statistik (StatA) ist ebenfalls aktiv an der Entwicklung der Projekte im Zusammenhang mit dem kantonalen Bezugssystem beteiligt. In seiner Eigenschaft als Mitglied der Kommission für die Governance der Referenzdaten schuf es den Ausschuss für die bestimmungsgemässe Verwendung der Referenzdaten, den es präsidiert, und das Netzwerk der Datenqualitätsverantwortlichen der Fachbereiche, das die harmonisierten kantonalen Daten, die im kantonalen Bezugssystem zur Verfügung stehen, bearbeitet. Das Amt steht im Mittelpunkt der eindeutigen Identifizierung von Personen und hat Dashboards entwickelt, welche die Überwachung der Genauigkeit der Daten der wichtigsten Partnerinnen und Partner und Datenlieferanten (Gemeinden, BMA, KSTV, Fritic, POA usw. ...), die in der Verordnung des Staatsrats vorgesehen sind, ermöglicht. Es unterstützt sie beim Umgang mit Unstimmigkeiten in den Identitätsdaten von Personen, da eine Aktualisierung der Daten oft notwendig ist, um den aktuellen Standards einer Good Governance zu entsprechen. Es initiierte und leitete zusammen mit dem BMA, dem IAEZA und den Gemeinden, die der Kommission der Vorsteherinnen und Vorsteher der Einwohnerkontrollen angehören, die Ausarbeitung eines Vademekums, um die Diskrepanzen zwischen den offiziellen UPI-Personendaten und denjenigen der Einwohnerregister zu beseitigen. Der dem StatA angegliederte Datenqualitätsverantwortliche für die Referenzdaten ist stark in die Analyse und Validierung der Anforderungen und Qualitätsregeln des kantonalen Bezugssystems eingebunden. Zusammen mit den Fachbereichen führt er Tests der IT-Entwicklungen und der ordnungsgemässen Funktion der Anwendung durch. Er arbeitet eng mit dem Projektteam und dem ITA zusammen.

Viele der Organisationseinheiten der FIND sind am Programm beteiligt. Die FinV nahm aktiv an verschiedenen Workshops teil, bei denen es um die Validierung von Geschäftsanforderungen und um ihre Beiträge im Rahmen der Sitzungen der Referentinnen und Referenten ging. Die KSTV, die als vorrangiges Amt für die Vervollständigung ihres Personenregisters identifiziert wurde, ist seit dem letzten Quartal stärker involviert, sowohl bei den Anforderungen an die Unternehmen als auch bei den Austauschmechanismen, der Verwaltung oder der Einhaltung von Vorschriften sowie bei den zu verabschiedenden Rechtsgrundlagen. Alle notwendigen Rollen sind vorhanden und aktiv, damit der Auftrag, das Register der Steuerzahlenden mit den Referenzdaten des Bezugssystems und mit der Governance über die eindeutige Identifizierung in Übereinstimmung zu bringen, erfüllt werden kann. Schliesslich ist der Sektor Digital des ITA auch in die Entwicklung neuer Prozesse involviert, insbesondere aufgrund zukünftiger Entwicklungen im Zusammenhang mit der aufgeklärten Zustimmung von Personen und mit anderen Leistungen, die unter Verwendung von Funktionalitäten des in Entwicklung befindlichen kantonalen Bezugssystems über den virtuellen Schalter erbracht werden.

Die EKSD ist an der Governance über die Daten beteiligt, indem sie ihre wertvollen Erfahrungen bei der Harmonisierung der eigenen Register einbringt. Ihre Datenqualitätsverantwortliche ist Mitglied des Ausschusses für die Qualität, und die Direktion der Fachstelle Fritic ist in den Arbeitsgruppen und im Bereich der Referentinnen und Referenten der Fachbereiche vertreten. Die ÖDSB beteiligt sich im Rahmen der Schulung der Referenzdatendelegierten der Fachbereiche regelmässig an der Arbeit des Ausschusses für die bestimmungsgemässe Verwendung der Referenzdaten. Die unabhängige Behörde beteiligt sich an Hinweisen auf Best Practices sowie an Diskussionen und Vorschlägen zur Anpassung und Überprüfung der Anforderungen an die Informationssicherheit und das Berechtigungsmanagement. Sie untersucht auch die internen Regelungen und Richtlinien zum Zugriff und zur Verwaltung der Daten des Kantonalen Bezugssystems.

Der Freiburger Gemeindeverband (FGV) wird regelmässig über den Fortgang der Arbeiten informiert, um die aktive Beteiligung der Gemeinden oder einiger ihrer Organe an den neuen Data-Governance-Prozessen und ihren Zugang zu den vom Staat entwickelten digitalen Infrastrukturen zu ermöglichen.

3 Amt für Gesetzgebung (GeGA)

Vorsteher: Luc Vollery

3.1 Tätigkeit

3.1.1 Gesetzgeberische Arbeiten

Im Rahmen seiner Aufgaben zur Unterstützung der Entwicklung der Spezialgesetzgebung, hat das GeGA insbesondere:

- > etwas weniger als vierzig Erlassentwürfe geprüft und seine Ergebnisse dazu den zuständigen Direktionen mitgeteilt;
- > die Direktionen umfassend bei der Vorbereitung ihrer gesetzgeberischen Vorhaben im Zusammenhang mit der Coronavirus-Epidemie unterstützt; es nahm hierzu auch an den Sitzungen der juristischen Arbeitsgruppe der Konferenz der Generalsekretäre Coronavirus (KGS - Covid-19) teil;
- > an der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen in verschiedenen anderen Bereichen mitgewirkt, entweder durch bilaterale Kontakte mit den Direktionen oder in Arbeitsgruppen (z. B. für einen Verordnungsentwurf über ein Pilotprojekt zur elektronischen Zustellung von Umzügen, einen Gesetzesentwurf über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen oder einen Gesetzesentwurf über den Beitritt zur revidierten IVöB);
- > in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei die Personen in den Direktionen unterstützt, die ihre Erlassentwürfe in der neuen Anwendung für die Verwaltung der Gesetzgebung verfassen oder eingeben, sie bei ihrer Arbeit mehrfach direkt unterstützt und einigen von ihnen eine Grundschulung angeboten;
- > mit der Überarbeitung des Benutzerhandbuchs dieser Anwendung (Lexwork) und der gesetzestechnischen Richtlinien begonnen, damit die Koordination zwischen diesen beiden Dokumenten sichergestellt ist;
- > den Direktionen und Ämtern regelmässig Aufkünfte über Fragen der Gesetzgebungstechnik und der Gesetzgebungsmethodik (einschliesslich einiger sensibler Fragen des Übergangsrechts) geliefert.

Das GeGA war ausserdem erneut im Bereich der Entwicklung der allgemeinen Gesetzgebung tätig. Insbesondere hat es:

- > in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem ITA die Arbeiten am Gesetzesentwurf zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an bestimmte Aspekte der Digitalisierung bis zur Verabschiedung durch den Grossen Rat am 18. Dezember 2020 (Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse, Ausarbeitung des endgültigen Entwurfs und der Botschaft, Begleitung des Regierungsvertreters vor der parlamentarischen Kommission und dem Grossen Rat und Ausarbeitung eines zusätzlichen Entwurfs und einer Botschaft) fortgesetzt;
- > die Arbeiten am Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Realakte) abgeschlossen und den Regierungsvertreter vor der Parlamentskommission und dem Grossen Rat (das Gesetz wurde am 15. Oktober 2020 verabschiedet) unterstützt;
- > an der Ausarbeitung verschiedener allgemeiner Erlasse im Zusammenhang mit der Coronavirus-Epidemie mitgearbeitet, insbesondere durch die Teilnahme an der Arbeitsgruppe, die für die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs zur Genehmigung der Sofortmassnahmen des Staatsrats zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie zuständig ist (das Gesetz wurde am 14. Oktober 2020 verabschiedet), und durch die Unterstützung des Büros des Grossen Rates bei der Ausarbeitung von Erlassentwürfen über die Abstimmung von zuhause aus (Parlamentsverordnung vom 27. Mai 2020 und Gesetz vom 17. November 2020) und bei der Vorbereitung eines

Gesetzentwurfs über die Entschädigung der Präsidentin oder des Präsidenten des Grossen Rates (Gesetz vom 18. November 2020);

- > die parlamentarische Kommission, die mit den Arbeiten zur Änderung des Grossratsgesetzes betraut ist, unterstützt (Dossier in Bearbeitung);
- > die Zusammenstellung und die Synthese der Ergebnisse der Vernehmlassung zum Vorentwurf des neuen Datenschutzgesetzes vorbereitet (Dossier in Bearbeitung);
- > eine erste Analyse der Änderungen der rechtlichen Bestimmungen, die ein ausschliesslich elektronisches Amtsblatt mit sich bringen würde, durchgeführt.

Schliesslich führte das GeGA eine Aufstellung der Gesetzgebungsvorhaben (Gesetze) der Legislaturperiode durch und stellt jedes Jahr für den Tätigkeitsbericht des Staatsrats den Stand der Verwirklichung der im Regierungsprogramm aufgeführten Gesetzgebungsprojekten zusammen. Darüber hinaus ist es regelmässig an der Übersetzung von Gesetzgebungsprojekten beteiligt und arbeitet in diesem Bereich mit den Übersetzerinnen und Übersetzern der Verwaltung zusammen.

3.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Im Bereich der Verbreitung der Gesetzgebung hat das GeGA namentlich:

- > die Implementierung der neuen Version der Anwendung für die Verwaltung von Erlassen (LexWork Advanced), die nun sowohl für die Erstellung und Verwaltung von Erlassen als auch für deren Veröffentlichung verwendet wird, fortgesetzt;
- > zahlreiche Austausch mit dem Lieferanten der Anwendung ebenso wie mit den anderen Kantonen geführt, welche dieselbe Anwendung nutzen, um so die Aktualisierung und regelmässige Weiterentwicklung der Anwendung sicherzustellen;
- > Fortschritte bei der Ausarbeitung eines Handbuchs für die Verwaltung der BDLF und für die Veröffentlichung von Erlassen in der Anwendung zur Verwaltung der Gesetzgebung gemacht, das für die mit der Veröffentlichung betrauten Organe bestimmt ist;
- > mit der Staatskanzlei Überlegungen angestellt, um die Aufgaben der Kontrolle und Veröffentlichung der Gesetzgebung neu zu organisieren und um die Synergien zwischen der Veröffentlichung der ASF und der der SGF zu verbessern;
- > das Problem des Rückzugs gewisser Erlasse aus der SGF (interkantonale Reglemente und Reglemente von Einrichtungen) gemäss Art. 4 Abs. 2 VEG gelöst;
- > mit der Staatskanzlei bei der Veröffentlichung der elektronischen Version der ASF zusammengearbeitet und die kontinuierliche Aktualisierung der SGF in diesem für die Gesetzgebungstätigkeit besonders intensiven Jahr sichergestellt, wobei sowohl die Besonderheiten der neuen IT-Anwendung als auch die spezifischen Probleme bestimmter Dossiers (insbesondere verschiedene aufgrund der neuen Anwendung erforderlich gewordene Berichtigungen und Umnummerierungen von Erlassen) berücksichtigt wurden;
- > regelmässig über die Freiburger Gesetzgebung, ihre Geschichte und die Vorbereitungsarbeiten sowie über die effiziente Abfrage der entsprechenden Dokumente im Internet informiert.

3.1.3 Juristische Beratung und wissenschaftliche Aktivitäten

Im Rahmen seiner juristischen Beratungs- und Forschungstätigkeiten hat das GeGA:

- > zahlreiche Rechtsgutachten, Berichte und Rechtsauskünfte zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrates und der kantonalen Verwaltung abgegeben;
- > für die Staatskanzlei und die Direktionen verschiedene rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Epidemie geprüft;
- > in enger Zusammenarbeit mit dem ITA, dem E-Government-Sekretariat und dem Verantwortlichen für die Governance der Referenzdaten der Staatskanzlei zahlreiche organisatorische und juristische Fragen, die sich aufgrund der verschiedenen Projekte im Zusammenhang mit der Digitalisierung und dem E-Government (Prozess zur Analyse der für E-Government-Projekte notwendigen Rechtsgrundlagen, Wettbewerbsprobleme

durch Inhouse-Software-Entwicklung, Zusammenhänge zwischen Outsourcing und «Schatten-IT» usw.) stellen, behandelt;

- > Vertretungen in mehreren Gremien wahrgenommen, die für E-Government-Fragen zuständig sind (E-Government-Kommission, interkantonale Arbeitsgruppe der E-Government-Juristen, Arbeitsgruppe zur Prüfung von Rechtsfragen des kantonalen Bezugssystems);
- > verschiedene Antworten auf parlamentarische Vorstösse verfasst oder an ihrer Ausarbeitung mitgewirkt;
- > mit der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (FZR) zusammengearbeitet, in deren Redaktion es vertreten ist und die es bei der Veröffentlichung der verschiedenen Ausgaben und des jährlichen Inhaltsverzeichnisses unterstützt.

Zudem hat ein GeGA-Mitarbeiter in der Zeitschrift LeGes (Gesetzgebung & Evaluation) einen Beitrag im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Datenschutzgesetzgebung veröffentlicht (Michael Montavon, L'abandon de la procédure d'appel en protection des données – Conséquences sous l'angle de la technique législative, in LeGes 31 (2020) 2); nur auf Französisch vorhanden).

3.2 Besondere Ereignisse

Auf der Ebene der Verwaltungsführung hat das GeGA:

- > eine zweite (nach der ersten im Jahr 2016 vorgenommenen) Ablieferung seiner Akten an das historische Archiv vorgenommen; sie umfasst 16 Laufmeter und deckt 127 Aktenboxen aus den Jahren 1980 bis 2013 ab;
- > die Arbeiten zur Reorganisation seiner Bibliothek aufgenommen und dabei das Katalogisierungssystem der Kantons- und Universitätsbibliothek übernommen;
- > im Laufe des Jahres erhebliche Personalabwesenheiten zu verzeichnen gehabt, welche die temporäre Einstellung von zwei Teilzeitjuristen für mehrere Monate erforderlich machten.

Darüber hinaus hat die Coronavirus-Epidemie erhebliche Auswirkungen auf die Aktivitäten des GeGA gehabt. Einerseits gab es aufgrund der Epidemie eine relativ grosse Anzahl von Dossiers speziell zu den dadurch aufgeworfenen rechtlichen und gesetzgeberischen Problemen, und das GeGA musste deswegen als zentrales Amt an den Sitzungen der Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre für Covid-19 teilnehmen. Andererseits verhinderte sie die Teilnahme von GeGA-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern an zahlreichen abgesagten Veranstaltungen, Schulungen und Sitzungen externer Organisationen und forderte eine grosse Flexibilität bei der Arbeitsorganisation.

4 Amt für Drucksachen und Material (DMA)

Vorsteher: Gilbert Fasel

4.1 Tätigkeit

Das DMA ist verantwortlich für die Versorgung aller Dienststellen des Staates mit Verbrauchsmaterial, administrativem und technischem Büromaterial, Büroapparaten und Drucksachen. Es ist beauftragt, mit den eigenen Infrastrukturen Druckvorbereitungs-, Druck-, Binde- und Digitalisierungsarbeiten auszuführen. Das Amt bietet seine Beschaffungs-, Logistik- und Verwaltungsdienstleistungen für Drucksachen auch den Einrichtungen, die vom Staat subventioniert werden, an.

4.2 Sektor Einkauf

Der Gesamtumsatz des DMA hat 4 094 071 Franken erreicht, was einem Rückgang um 15,12 % im Vergleich zum Jahr 2019 entspricht. Auch die Anzahl Bestellungen ging zurück (-8,97 %) und erreichte 1399 Einheiten. Die Anzahl verbuchter Rechnungen betrug 2535 Stück. Diese Werte betreffen die gesamten Büroausstattungen (ohne Mobiliar), die Druckaufträge, das Stimmmaterial und die Beträge für den Unterhalt von Einrichtung und Geräten. Für den

Rückgang dieser Zahlen gibt es mehrere Gründe: Es gab weniger Urnengänge, das Preisniveau der Lieferungen und Leistungen sank eher, und der Lockdown führte zu Einsparungen beim Verbrauchsmaterial.

Die Reduzierung der operativen Aufgaben hat Personalressourcen freigesetzt und es ermöglicht, die Ausschreibungen für die wichtigsten Produkte des Amtes abzuschliessen: Papier, Briefumschläge, Projektionsmittel, Druckdienstleistungen. Wertmässig wurde mehr als eine Million Franken ausgeschrieben.

Die Einkaufsabteilung hat 388 Paletten Papier für die ganze Verwaltung, die Sekundarstufe 2 (S2) und die Fachhochschulen bestellt. Der Rückgang um 59 Paletten entspricht 13,20 %. Die Abteilung begründet dies mit dem Zeitraum des Lockdowns, dem Anreiz zur Telearbeit und den erhöhten Möglichkeiten zur Online-Schulung. Das Auswechseln von Druckern und die Digitalisierung von Prozessen hatten diesen Trend eingeleitet. Es ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird, insbesondere im Unterrichtsbereich.

Das Projekt ODP zur Optimierung des Druckerparks, das in enger Zusammenarbeit mit dem ITA durchgeführt wurde, endete im Dezember mit der Implementierung bei den Betriebsämtern. Die Standardisierung der gesamten Verwaltung machte den Austausch von fast sechshundert Druckern nötig. Das Projekt erlaubt nebst einer Verringerung des Druckvolumens eine Reduktion der Kosten, mehr Privatsphäre für die Benutzerinnen und Benutzer und einen verbesserten CO₂-Fussabdruck. Nach dem gleichen Modell haben das ITA und das DMA begonnen, Drucker in allgemein- und berufsbildenden Schulen der Sekundarstufe 2 (S2) zu standardisieren. Für diesen Auftrag brauchte es eine neue öffentliche Ausschreibung, die im Frühjahr begann. Gegen diese wurden anlässlich der Veröffentlichung des Pflichtenheftes zwei Beschwerden ohne aufschiebende Wirkung eingereicht, und sie konnte dennoch weiterverfolgt werden, ohne dass das Kantonsgericht eine Änderung verlangte. Der Steuerungsausschuss, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des ITA, des DMA und der S2 haben den Zuschlag bestätigt. Diese wurde erfolgreich im ABI vom 24. Dezember 2020 veröffentlicht. Der Leistungserbringer ist derjenige, der auch den Druckerpark der kantonalen Verwaltung betreut. Die Geräte werden im Laufe des Jahres 2021 gestaffelt bereitgestellt.

In Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Fritic wurde die Optimierung der Projektionsmittel in den Schulen der S2 und der Verwaltung intensiviert. Die Ausschreibung, die Ende 2019 begann, wurde im August abgeschlossen. Es wurde ein Rahmenvertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren abgeschlossen. Die gewählten Produkte, Sony für die Bildschirme und Epson für die Beamer, ermöglichen die Anpassung der Infrastruktur und verbessern gleichzeitig die Support- und Wartungsprozesse.

Das Amt hat den Rahmenvertrag für die Herstellung und Lieferung von Papier erneuert. Diese Ausschreibung entspricht einem jährlichen Betrag von ca. 220 000 Franken. Sie wurde vom aktuellen Lieferanten gewonnen. Die Qualität des Papiers des Staates bleibt also unverändert: 100 % recycelt und mit dem Label Blauer Engel, ohne Verwendung von Chlor oder optischen Aufhellern im gesamten Herstellungsprozess.

Der Markt für Briefumschläge des Staates (ausgenommen solche für Abstimmungen / Wahlen) wurde im September nach dem Einladungsverfahren ausgeschrieben. Es handelt sich um ca. 4,5 Millionen Umschläge, was einem jährlichen Betrag von 225 000 Franken entspricht. Die beiden grossen Schweizer Anbieter haben ein Angebot eingereicht. Die Evaluation und die Tests fanden im Herbst statt. Es wurde ein Rahmenvertrag für eine Laufzeit von drei Jahren ohne Lieferantenwechsel abgeschlossen.

Das Amt arbeitete auch in den verschiedenen Steuerungsausschüssen «Nachhaltige Entwicklung und Klima» mit. Die neue Strategie für nachhaltige Entwicklung, die auf dem Programm der Agenda 2030 basiert, wurde im September vom SR verabschiedet. Was den Klimabereich betrifft, so ist der gleichnamige Plan bis Mitte Januar 2021 in der Vernehmlassung.

Das Projekt zur Ablösung des Produktionswerkzeugs SAP S4, für das 2021 die ersten Optionen entschieden werden sollen, erforderte zahlreiche Sitzungen.

Das Amt übernimmt die Verantwortung für einen deutschsprachigen Lernenden für Drucktechnik.

4.3 Intern ausgeführte Druckerarbeit und weiter vergebene Aufträge

Das interne Druckvolumen ging im Berichtszeitraum um ca. 20 % zurück und stabilisierte sich bei 4 380 000 Exemplaren. Diese Zahl verteilt sich auf 1200 Aufträge. Der Umsatz des Sektors entspricht einem Rechnungsbetrag von 529 000 Franken (661 000 Franken im Jahr 2019). Dieser Rückgang ist vor allem auf neue Wege der Informationsverarbeitung, die Zunahme des digitalen Angebots auf Kosten der traditionellen Medien und die durch Telearbeit geprägte Phase im Rahmen des Lockdowns zurückzuführen. Die traditionellen Broschüren wurden trotzdem hergestellt: Tätigkeitsberichte, Voranschlagsentwurf, Voranschlag, Konten, statistisches Jahrbuch, Mitteilungsblätter des Konservatoriums und der Kantonspolizei. Das HFR sowie einige kantonale Einrichtungen (KGV, tpf, KSVA, KLV, PKSPPF) nahmen die Dienste der internen Druckerei in Anspruch. Im Frühjahr hat uns die Katholische Fachstelle für Katechese und Katechumenat alle seine Lehrmittel anvertraut. Diese Sammlung, die aus mehreren Handbüchern besteht, wurde in einer Auflage von 5600 Stück veröffentlicht. Was die Druckvorbereitung betrifft, so hat der Sektor verschiedene Serien von Stimmzetteln für Ergänzungswahlen (Gemeinderäte oder Generalräte) zusammengestellt. Das Stimmmaterial für die konstituierende Versammlung von Grossfreiburg ist erstellt worden; die Abstimmung musste jedoch aufgrund der gesundheitlichen Situation abgesagt werden. Während des Sommers arbeitete die Werkstatt hauptsächlich an der Erstellung von Unterrichtsmaterialien für die Orientierungsschule, für die technischen und kaufmännischen Berufsfachschulen und die Schulen der Sekundarstufe 2. Die Produktion von Plakaten und grossformatigen Visuals blieb stabil, während die Auftragsarbeiten hauptsächlich mit dem kantonalen Richtplan zu tun hatten, der Ende des Jahres in Auftrag gegeben wurde. Dieses Projekt wurde einer lokalen Druckerei anvertraut. Der Auftrag entspricht einem Gegenwert von 81 500 Franken.

4.4 Binde- und Digitalisierungsarbeiten

Die Vollzeitäquivalente für die Buchbinderei blieben im Berichtszeitraum unverändert (1,8 VZÄ). Im Berichtsjahr wurden keine Lernenden oder Praktikantinnen oder Praktikanten ausgebildet oder eingestellt.

Die wichtigsten Arbeiten, die im Sektor durchgeführt werden, sind:

- > die Restaurierung von 13 Registern, für die Zivilstandsämter und die Grundbücher des Saane- und des Greyerzbezirks;
- > die Zusammenstellung von 44 Zeitungen für das Staatsarchiv;
- > die Erstellung einer Reihe von Grossen Protokollen des Staatsrates, einschliesslich passender Schubere;
- > die Bindung von 152 Minuten für die kantonalen Notariate;
- > die Herstellung von 410 Standardeinbänden für die verschiedenen Verwaltungsabteilungen sowie von 200 Standardschubere und 16 Reparaturen von Bänden für die wichtigsten Kantonsbibliotheken.

Die Digitalisierung für verschiedene Grundbuchämter wurde fortgesetzt. Der Sektor arbeitete hauptsächlich für das Grundbuchamt des Greyerzbezirks. Insgesamt wurden 36 743 Aufnahmen gemacht, was der Verwaltung von 8887 Dateien entspricht. Darüber hinaus bearbeitete die Mitarbeiterin eine Serie von 300 Bebauungsplänen für den Sense- und den Broyebezirk sowie 2167 grossformatige Scans für das Tiefbauamt.

Der zweite Scanner ist im Staatsarchiv installiert. Er wird zu 50 % von einem Mitarbeiter des DMA genutzt und hat es ermöglicht, das Scannen der Bände des Gebäudeversicherungskatasters (1812-1971) abzuschliessen und mit dem Scannen der Bände des Zivilstandswesens (3700 Bände, 1876-2003) und der Digitalisierung der Amtlichen Sammlung der Gesetze des Kantons Freiburg (1803-2001) zu beginnen. Im Rahmen der Digitalisierungsarbeiten wurden 95 000 neue Bilder erstellt.

Die Kamera für die Mikroverfilmung wurde dem Archiv der Stadt Freiburg zur Verfügung gestellt. Diese Zusammenarbeit ermöglichte die Mikroverfilmung der letzten Protokolle des Gemeinderats. Diese Geräte und die Entwicklungsstation entsprechen nicht mehr den aktuellen Anforderungen und werden demnächst entsorgt.

4.5 Beschaffung von Büromaterial und Logistik

Der Sektor ist verantwortlich für die Anschaffungen, das Lagern und die Verteilung des Büromaterials für alle Ämter des Kantons. Der Hauptteil der Beschaffungen wird im Wesentlichen bei ortsansässigen Unternehmen getätigt.

Ende Mai hat sich unser unermüdlicher Logistiker nach fast vierzig Jahren guter und treuer Dienste aus dem Berufsleben verabschiedet, um den wohlverdienten Ruhestand zu geniessen. Seine Stelle wurde nicht neu besetzt, und der Sektor hat sich neu organisiert, um die Qualität seiner Dienstleistungen aufrechtzuerhalten und sich an zukünftige Bedürfnisse anzupassen. Die verschiedenen Sektoren des Amtes sind zwar komplementär, entwickeln sich aber nicht im gleichen Tempo weiter. Der Einfluss der Digitalisierung hat die Druckproduktion stärker beeinflusst als logistische Aufgaben. Infolgedessen wurde ein Ressourcentransfer von 0,5 VZÄ zwischen Druck und Logistik vorgenommen, um die bestmögliche Balance in der Belegschaft zu erreichen.

Wir haben unser Artikelsortiment weiter angepasst. Rund dreissig neue Artikel, die hohe Nachhaltigkeitskriterien erfüllen (100 % recycelbare Materialien, mit dem Label Blauer Engel oder Energy Star), wurden in den Online-Katalog integriert. Das aktuelle Sortiment umfasst etwa 600 Lagerartikel.

Während des Berichtszeitraums wurden von unseren Logistikern 2451 Bestellungen über den Shop DMA-Intranet bearbeitet. Im Vergleich zum Vorjahr beträgt der Anstieg 2019 plus 4 %. Dies entspricht einem Betrag von 1 032 395 Franken (8,3 % mehr als im Jahr 2019). Die Ordner wurden auf der Basis der mit dem KLV ausgehandelten Rahmenvertrages weiterhin von einem Schweizer Lieferanten bezogen. Der Jahresverbrauch für die Verwaltung betrug 10 151 Stück, was einem Rückgang von 2700 Stück entspricht. Für die Lieferungen von DMA und KLV waren 12 937 Kilometer Fahrten erforderlich.

Nach dem ersten Lockdown übernahm das DMA am 1. Juli die Lieferung des persönlichen Schutzmaterials, das im April vom KFO erworben wurde. Diese Artikel wurden in den Shop des Materials integriert, um den bereits bestehenden Vertriebskanal zu nutzen. Die Lagerverwaltung und die Lieferungen haben unseren Logistiksektor stark beansprucht. Mehr als 1,16 Millionen Schutzmasken und 13 000 Liter hydroalkoholische Desinfektionslösung wurden von Juli bis Ende Dezember an die Verwaltung und an die Schulen geliefert. (Weitere Informationen finden Sie im Kapitel 1 – Coronavirus - Rückblick 2020 in diesem Tätigkeitsbericht).

Die jährliche Inventur der Produkte fand im Dezember statt. Zu diesem Zeitpunkt betrug der Wert der Vorräte an Lager 276 087 Franken, d.h. 56 500 Franken mehr als im Jahr 2019 (ohne den Vorrat an Schutzmaterial). In diesem Jahr hat das Logistikteam keine Lernenden eingestellt; diese Möglichkeit besteht jedoch künftig weiterhin.

4.6 Schlüsselzahlen 2020

	2020	2019	Unterschied
Zahl der Bestellungen SAP-MM	1399	1537	-138
Zahl der Rechnungen von Lieferanten	2535	2414	+121
Umsatz der Aufträge, die an Unternehmen vergeben wurden (Druck, Material, Ausrüstungen)	4 094 071 Franken	4 823 327	-729 256
Gelagerte, beschaffte und verteilte Produkte	632 Artikel	627	+ 5

Interne Produktion

	2020	2019	Unterschied
Digitaldruck (Format A4 und A3)	4 381 009 Seiten	5 466 451	-1 085 442
Bindearbeiten	410 Exemplare:	446	-36
Auf Mikrofilm aufgenommene und digitalisierte Dokumente	36 743 Stück	27 650	+9093

5 Staatsarchiv Freiburg (StAF)

Staatsarchivar: Alexandre Dafflon

5.1 Organisation und gesetzliche Grundlagen

Ende 2020 verfügt das StAF über einen Personalbestand von 6,9 VZÄ. Ab 16. März wurde der stellvertretende Kantonsarchivar bis zu seinem Ausscheiden aus dem StAF am 30. November zu 100 % an das KFO abgeordnet. Sein Nachfolger tritt sein Amt am 1. Februar 2021 an. Das StAF profitierte auch vom Beitrag vieler Unterstützungskräfte (Lernende, Praktikantinnen und Praktikanten, zivildienstleistende Personen, Arbeitssuchende). Zusätzlich arbeitet seit September 2017 ein DMA-Mitarbeiter zu 50 % beim StAF und ist für die Digitalisierungsarbeiten zuständig. Im Übrigen profitiert das StAF auch von der Arbeitskraft eines wissenschaftlichen Mitarbeiters (100 %), der vom Amt für Justiz (AJ) angestellt wurde und die Archivierung des Justizwesens sicherstellt, und von einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin (80 %), die von der Kantonspolizei angestellt wurde und sich den Archivbeständen der Polizei widmet, die sehr umfangreich sind. Zwei vom StAF eingestellte zivildienstleistende Personen wurden der Staatskanzlei zur Vorbereitung einer Ablieferung zur Verfügung gestellt.

Die Umsetzung der Gesetzgebung zur Archivierung wurde fortgesetzt, wenn auch langsamer als erwartet, was auf den gesundheitlichen Kontext zurückzuführen ist, der die Beziehungen zwischen dem StAF und allen Ämtern der Verwaltung gestört hat. So konnte die für Ende 2019 geplante Zustandsanalyse nicht systematisch durchgeführt werden und muss im Jahr 2021 komplett neu gemacht werden. Die Erarbeitung von Archivierungsrichtlinien und eines Leitfadens für die Ämter wurde fortgesetzt.

5.2 Gebäude

2020 hat das HBA ein neues, provisorisches Depot an der Zeughausstrasse 19 in Freiburg zur Verfügung gestellt, dieses befindet sich direkt neben dem Hauptsitz des StAF. Das neue Depot hat eine Kapazität von 3000 Laufmetern (Lm). Es wurde sogleich für neue Archivablieferungen und den Transfer von Beständen aus dem Hauptsitz des StAF eingesetzt. Ende 2020 sind bereits 1800 Lm belegt. An der Zeughausstrasse 17 wird weiterhin ein umfangreicher Umzug von Beständen fortgesetzt, mit dem Ziel, Platz zu schaffen für neue Ablieferungen und für die Bestände des wertvollen alten Archivs, das bessere Konditionsbedingungen und Lagerungsmöglichkeiten im Depot verdient. Der Umzug dürfte 2021 abgeschlossen sein.

Das Projekt interinstitutionelle kantonale Lager für Kulturgüter (SIC) bleibt aktuell. Es wird dem StAF erlauben, seine zahlreichen Zusatzdeposits aufzugeben, die Sicherheit der Bestände zu erhöhen und den Empfang zahlreicher Ablieferungen in Wartestellung durchzuführen.

5.3 Tätigkeit und Dienstleistungen

5.3.1 Informatik und neue Technologien

Die professionelle Datenbank *scopeArchiv* wurde im Frühjahr mit dem Ziel migriert (Version 5.3), diese kompatibel zu machen mit dem Modul *scopeXplore*, das 2021 installiert wird. Es geht dabei darum, Bestände, die das StAF bereits digitalisiert hat, online zugänglich zu machen (Übergangsphase Digitalisierung).

Das StAF setzte wichtige Digitalisierungsarbeiten, unter anderem dank der Hilfe des DMA, fort. Die Digitalisierung der Bände des Brandkatasters der Gebäudeversicherung (1812-1971) wurde 2020 abgeschlossen; es folgen die Bände des Zivilstandsamts (3700 Bände, 1876-2003). Die Digitalisierung der *Amtlichen Sammlung der Gesetze des Kantons Freiburg* (1803-2001) wurde fortgesetzt, wie auch diejenige der Bände des kantonalen Katasters. Die Digitalisierungsarbeiten umfassen 95 000 neue Bilder. Ende 2020 umfassen die Arbeitsplätze im Lesesaal für die Konsultation 247 100 digital abrufbare Dokumente. Zudem wurde, in Partnerschaft mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) und einem externen Dienstleister, eine neue Lösung für die gesicherte Speicherung für digitale Bilder eingeweiht.

Im Bereich der digitalen Langzeitarchivierung konzentrierten sich die Bemühungen in Zusammenarbeit mit dem ITA auf Testarchive über die Plattform des Schweizerischen Bundesarchivs (BAR) und auf ein Plattform-Teilprojekt zwischen der kantonalen Verwaltung und dem StAF (Projekt Novarc, Tool OnBase). Die Zusammenarbeit zwischen dem StAF und dem ITA wurde im Laufe des Jahres durch zwei kompetente und genaue Projektleiter intensiviert. Das Projekt Novarc wird im Jahr 2021 abgeschlossen sein.

Auch im Bereich IT wurde im Rahmen der E-Government-Strategie ein Prozess angestossen (Online-Bestellung von Familienwappen und Online-Auskunft).

5.3.2 Beziehungen zu archivbildenden Stellen

31 (44 im Jahr 2019) Dienststellen der Verwaltung wurden besucht, das ergab 85 (103 im Jahr 2019) Besuche und Arbeitssitzungen. Die Ende 2019 gestartete allgemeine Erhebung zu den Archivierungsbedürfnissen wurde aufgrund der gesundheitlichen Lage und der von den Behörden angeordneten Sicherheitsmassnahmen ab März 2020 praktisch eingestellt. Die bilateralen Beziehungen mit den Ämtern wurden trotzdem weitergeführt. 44 andere Institutionen (39 im Jahr 2019) liessen sich durch das StAF beraten, was insgesamt 52 Sitzungen und Besuche (48 im Jahr 2019) entspricht.

Das StAF übermittelte 325 Dossiers (391 im Jahr 2019), in erster Linie an die Instanzen des Justizwesens (138), das BRPA (71) und an das BMA (116).

5.3.3 Zuwachs der Archivbestände und bei der Bibliothek

Die Bestände des StAF wuchsen um 274,5 Lm, davon stammten 204 Lm von Dienststellen des Staates und 70,5 Lm von anderen Körperschaften oder Privaten. Das Gesamtvolumen der Bestände belief sich ende 2020 auf 16 846 Lm. Die Bibliothek des StAF wurde um 330 Titel erweitert (332 im Jahr 2019). Ihr Katalog ist nun auf der SLSP-Plattform der Universitäts- und Wissenschaftsbibliotheken der Schweiz abrufbar.

Zunahme der Bestände, die im StAF aufbewahrt werden, in Laufmetern:

Herkunft	2020	2019	2018
Staat Freiburg	204	116,1	63
Andere Gemeinwesen und Privatpersonen	70,5	33,9	91
Total	274,5	149	154

5.3.4 Klassifizierungs- und Inventarisierungsarbeiten

24 Bestände und Ablieferungen (19 im Jahr 2019) wurden vollständig verzeichnet und in die Informatikdatenbank aufgenommen. Zu den wichtigen laufenden Arbeiten zählen die Klassierung der Bestände der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft, des Hochbauamtes, der Kantonspolizei, der Instanzen der Gerichtsbehörden, der Anstalten von Bellechasse sowie von historischen Beständen wie demjenigen des Augustinerklosters Freiburg, der Abtei Altenryf, der Landvogtei Greyerz, dem Familienarchiv Praroman und dem Archiv des Historikers Pierre de Zurich.

5.3.5 Konservierungsmassnahmen und Restaurierung

Professionellen Restauratorinnen und Restauratoren wurden folgende Dokumente anvertraut: 23 Pergamente und Papierdokumente des Bestands der Augustiner, 3 Dokumente des Familienbestands Praroman und 11 Pläne aus dem Bestand des Tiefbauamts (1856-1880).

5.3.6 Dienstleistungen

6005 (7216 im Jahr 2019) Dokumente und Dossiers wurden von 366 (396 im Jahr 2019) Benutzerinnen und Benutzern konsultiert, was 1695 (1778 im Jahr 2019) Tagessätzen entspricht. Dieser Rückgang erklärt sich zum Teil durch die pandemiebedingte Schliessung der Lesesäle des StaF vom 16. März bis 8. Juni 2020 und durch die Beschränkung der Arbeitsplätze nach dem 8. Juni 2020. Das StAF gab 108 (119 im Jahr 2019) Skizzen von Familienwappen an Einzelpersonen heraus. Darüber hinaus bearbeitete das StAF 106 Aufträge und stellte

3898 digitale Reproduktionen von Dokumenten zur Verfügung, wodurch die Schwierigkeiten der Forscher im Zusammenhang mit der Pandemie gemildert wurden. Diese Art von Leistung wird künftig weiterentwickelt.

Das StAF hat 14 (25 im Jahr 2019) Führungen für 217 (575 im Jahr 2019) Personen durchgeführt. Dieser Rückgang lässt sich das ganze Jahr über auf die Annullierungen von Führungen für Mittel- und Sekundarschulen zurückführen.

5.3.7 Kulturelle Aktivitäten und wissenschaftliche Forschung

Das StAF hat dem Museum für Kunst und Geschichte Freiburg (MAHF) für die Ausstellung «Freiburg im 14. Jahrhundert - Freiburg, die 1300-er-Jahre» (8. November 2019 - 23. Februar 2020) Dokumente ausgeliehen, darunter den Schwabenspiegel von 1410, und der Bodmer-Stiftung in Cologny (GE) den ewigen Friedensvertrag zwischen dem König von Frankreich und den Schweizern von 1516 für die Ausstellung «Krieg und Frieden» (5. Oktober 2019 - 1. März 2020). Am 12. und 13. September 2020 hat das StAF im Chor der Kathedrale von Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter (KGA) im Rahmen der Europäischen Tage des Kulturerbes eine Ausstellung einiger Antiphonare des heiligen Nikolaus organisiert.

Das Projekt einer Geschichte des StAF wird in Bälde abgeschlossen. Die Publikation sollte Ende des Jahres 2021 erscheinen. Das gesamte Team des StAF hat an diesem kollektiven Projekt mitgewirkt.

Das Editionsprojekt zu den Freiburger Hexenprozessen (15. – 18. Jh.) in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Rechtsquellenstiftung (SSRQ) wird fortgeführt. Die Transkriptionen der Prozessakten aus den Thurnrodeln 14 und 15 wurden auf dem Internetportal der SSRQ online publiziert. 166 Prozesse sind zurzeit online abrufbar. Dieses Projekt wurde mehrmals in der Presse und den audiovisuellen Medien präsentiert.

Zwei Mitarbeiter des StAF haben Kurse an den Universitäten von Freiburg, Bern und Lausanne gegeben. Das StAF arbeitet eng mit den anderen Kulturinstitutionen des Staates zusammen, namentlich im Rahmen der «Groupe patrimoine», die sich 2020 aufgrund der Gesundheitslage nur einmal getroffen hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des StAF arbeiten ebenfalls Hand in Hand mit den Museen und Bibliotheken des Kantons sowie den Geschichts- und Kulturvereinen zusammen.

6 Kantonale Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz

Präsident der Kommission: Laurent Schneuwly

Beauftragte für Öffentlichkeit und Transparenz: Martine Stoffel

Kantonale Datenschutzbeauftragte: Florence Henguely

6.1 Tätigkeit

Die Tätigkeit der Behörde umfasst die für die Transparenz und den Datenschutz typischen Aufgaben. Diese werden im Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) und im Gesetz vom 25. November 1994 über den Datenschutz (DSchG) geregelt.

Der Tätigkeitsbericht der Behörde wird im Juni herausgegeben. Er kann bei der ÖDSB unter folgender Adresse bestellt werden: Chorherrengasse 2, 1700 Freiburg (secretariatatprd@fr.ch). Er kann ausserdem zu demselben Zeitpunkt auf der Website <https://www.fr.ch/de/institutionen-und-politische-rechte/transparenz-und-datenschutz/taetigeitsbericht> eingesehen werden.

7 Kantonale Ombudsstelle (Omb)

Kantonale Mediatorin: Annette Zunzer Raemy

7.1 Tätigkeit

Die kantonale Mediation für Verwaltungsangelegenheiten hat zwei Aufgaben: die Vorbeugung und die gütliche Lösung von Konflikten zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern. Mit ihrer Tätigkeit soll sie den Bürgerinnen und Bürgern bei ihren Beziehungen zu den Behörden helfen und bei Streitfällen als Vermittler dienen, die Vorbeugung und die gütliche Lösung der Konflikte zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern fördern, die Behörden ermutigen, ein gutes Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern zu fördern, zu einem besseren Funktionieren der Behörden beitragen und den Behörden unbegründete Vorwürfe ersparen. Die Tätigkeit wird im Ombudsgesetz vom 25. Juni 2015 (OmbG) geregelt.

Im September gab der Staatsrat den Vorentwurf des Gesetzes zur Änderung der Organisation der Mediation für Verwaltungsangelegenheiten in die Vernehmlassung, dessen Ziel es ist, die kantonale Mediatorin der ÖDSB anzuschliessen. Die gesetzgeberischen Arbeiten werden voraussichtlich im Jahr 2021 abgeschlossen.

Der Tätigkeitsbericht der Mediation in Verwaltungsangelegenheiten wird im Mai veröffentlicht und auf der folgenden Website verfügbar sein: <https://www.fr.ch/med>.

8 Personalbestand

Gewalten – Direktionen Kostenstellen	Rechnung 2020 VZA	Rechnung 2019 VZA	Abweichung en VZA
Ausführende Gewalt – Staatskanzlei	55,90	53,58	2,32
Zentrale Verwaltung	55,90	53,58	2,32
3100 / CETA Staatsrat	7,00	7,00	
3105 / CHAN Staatskanzlei	22,94	21,52	1,42
3110 / ECON Amt für Drucksachen und Material	10,52	11,02	-0,50
3115 / OLEG Amt für Gesetzgebung	5,82	5,08	0,74
3118 / AREF Staatsarchiv	6,94	6,54	0,40
3120 / ATPD Behörde für Öffentlichkeit und Datenschutz	2,68	2,42	0,26